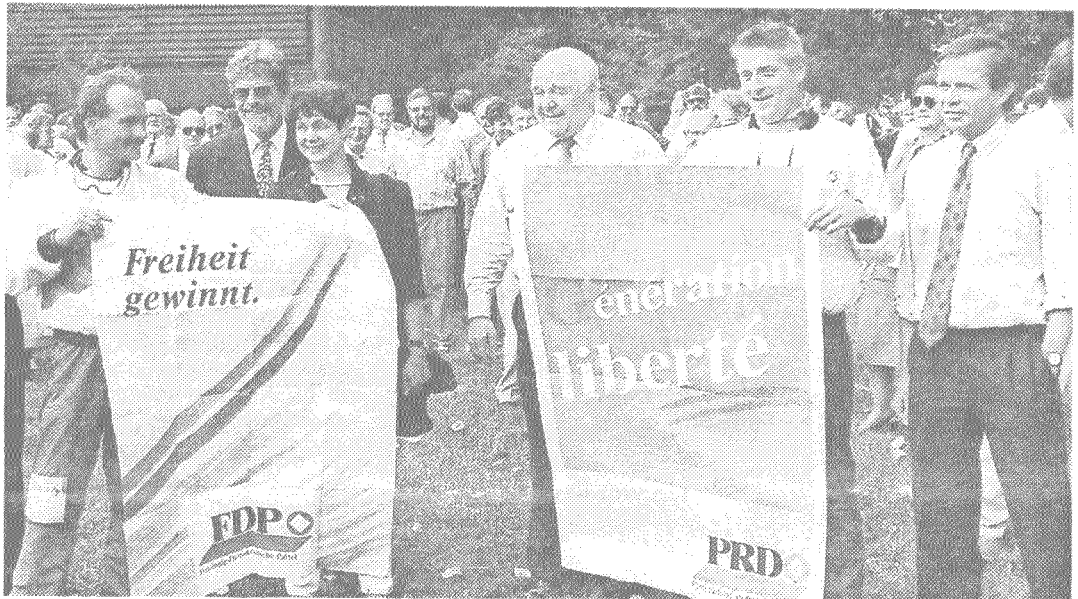


# Freisinn FDP

Herausgeber/Redaktion: Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (Bern)  
Redaktion Kantonalteil: die jeweilige Kantonalpartei

Inserate: Neue Zürcher Zeitung (Zürich)  
ofa Zeitschriften (Glattbrugg)

## FDP: für frischen Wind im ganzen Land



Vom Himmel brachten zwei Gleitschirmspringer den an der Delegiertenversammlung in Solothurn versammelten Freisinnigen die Botschaft: «Freiheit gewinnt». «Génération liberté». Nicht vom Himmel fallen wird ein gutes Wahlresultat der FDP am 20. Oktober 1991. Daher: Gehen Sie an die Urnen! (Photos ruti)

AMK. Nach vier innen- wie aussenpolitisch ereignisreichen Jahren steht der Termin für die Bestellung unseres Parlamentes vor der Tür. Bei diesen Wahlen tritt die FDP mit vielen guten Kandidatinnen

und Kandidaten für den National- und Ständerat an. Nach einer liberalen Verjüngungskur weht ein frischer Wind durch die Partei.

Dieser Wind ist auch im Ausland zu spüren. Nicht nur in Ost- und Mitteleuropa sind Demokratie und Marktwirtschaft im Vormarsch. Auch in Afrika wurden – von uns fast unbemerkt – in den letzten Monaten zahlreiche Diktatoren gestürzt, wie unser aussenpolitischer Mitarbeiter eindrücklich zu belegen weiss (siehe S. 2).

Dieser frische Wind muss auch in der Schweiz stärker wehen. Damit dies geschieht, braucht es die Freisinnigen. Viele gute Köpfe aus der FDP können liberale Lösungen verwirklichen. Denn: die FDP glaubt an die Zukunft der Schweiz und hat den Willen, diese Zukunft zu gestalten.

Wer für Offenheit, Dialog und Optimismus, gegen Intoleranz, Misstrauen und Kleinmut ist, wählt FDP! □

## Wählen Sie!



Noch einmal möchte ich Sie auffordern, am Sonntag, dem 20. Oktober 1991, von Ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen.

Gehen Sie am Wahlwochenende an die Urne, oder benützen Sie die neue einfache Möglichkeit der schriftlichen Wahl.

In der kommenden Legislaturperiode stehen wichtige politische Fragen an. Auf kommunaler, kantonaler und nationaler Ebene haben die Freisinnigen Männer und Frauen mit Sachverstand, die sich für die Zukunft der Schweiz einsetzen wollen. Es sind keine Miesmacher, sondern Leute, die die politischen Probleme erken-

nen, sie zusammen mit anderen analysieren, sich der Diskussion stellen, um dann pragmatische liberale Lösungen vorzustellen. Sie alle können sich an diesem Prozess in der Ortspartei, bei der kantonalen Partei oder auf nationaler Ebene beteiligen. Auf diese demokratische Tradition in der FDP sind wir stolz.

Unsere Lösungen verdienen es, durchgesetzt zu werden. Dazu brauchen wir Mehrheiten. Helfen Sie uns, bei diesem Urmengang gut abzuschneiden. Wählen Sie mit der freisinnigen Liste liberale Köpfe in den National- und Ständerat!

FDP-Parteipräsident  
Franz Steinegger, Nationalrat

### Inhalt

- Freisinnige Nationalräte beweisen Mut. «Ohne Netz» wagen sie den Sprung in den Ständerat. Lesen Sie Seite **5**
- Missverständnisse um die Marktmiete werden geklärt ab Seite **6**
- Neuorientierung in Politik und Wirtschaft: Was Bundesrat Kaspar Villiger darüber denkt, lesen Sie ab Seite **10**

# Afrika – draussen vor der Tür?

**Westeuropa richtet derzeit sein Augenmerk auf Osteuropa und den Nahen Osten. Afrika wird draussen vor der Tür gelassen. Dabei findet dort ein tiefgreifender politischer Wandel statt.**

## ◊ Jacques Baumgartner

Überall auf dem afrikanischen Kontinent wächst die Unzufriedenheit mit den Herrschenden, zumeist Militär- oder Einpartei-Diktatoren. Hinzu kommt in vielen afrikanischen Staaten eine wirtschaftliche Krisen- und Katastrophensituation. Einige Staaten haben die Zeichen der Zeit erkannt, bekennen sich zu Pluralismus und führen Demokratie ein. In anderen Staaten versuchen die Diktatoren, mit angeblichen Reformen ihre Haut zu retten.

Jüngstes Beispiel eines Herrschers, dessen Thron bedenklich wackelt, ist Mobuto Sésé-Séko. Die militärische Intervention der Belgier und Franzosen dürfte ihn nicht gerettet, sondern ihm höchstens eine Atempause verschafft haben. Brüssel und Paris ging es mit ihrem Eingreifen um den Schutz ihrer Staatsbürger in Zaire. Es dürfte ihnen aber auch um den Schutz handfester wirtschaftlicher Interessen gegangen sein.

Diese Interessen reichen über Zaire hinaus ins benachbarte, diamanten- und erdölrreiche Angola. Nach sechzehn Jahren Bürgerkrieg haben die sich jetzt sozialdemokratisch etikettierende, vormals Marx und Lenin verpflichtet gewesene Volksbewegung MPLA und die Widerstandsorganisation Unita einen Frieden geschlossen.

Vom Wind des Wandels dürfte bald auch Mobuto er-

fasst und weggeblasen werden, wie in den vergangenen Monaten schon Mengistu Haile Mariam (Äthiopien), Mathieu Kerekou (Benin), Aristides Pereira (Kapverden), Metsing Lekhanya (Lesotho), Samuel Doe (Liberia), Moussa Traoré (Mali), Siyad Barre (Somalia), Pinto da Costa (Sao Tomé und Príncipe), Hissene Habré (Tschad). Es wird nur eine Frage kurzer Zeit sein, bis sich ihnen Kenneth David Kaunda von Sambia und Daniel arab Moi von Kenya «anschliessen» werden.

Der Ost-West-Gegensatz hielt die afrikanischen Regimes am Leben. Sie konnte zwischen den Grossmächten, den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion, lavieren.

Unter dem Vorwand, die nationale Einheit wahren zu müssen, und um den sogenannten Tribalismus zu überwinden, wurden Einmann- und Einparteiherrschaft gerechtfertigt, freie Meinungsäusserung und jegliche Opposition unterdrückt.

Die nationale Einheit beruhte auf der Unterdrückung, auf der Macht und Herrschaft eines Stammes. Heute lassen sich die afrikanischen Massen in ihrem Elend nicht einmal mehr zum kollektiven Aufschrei der Verdammung der südafrikanischen Apartheid mobilisieren. Auch sie ist am Verschwinden, aber um so deutlicher werden

die Konturen der eigenen Diktaturen sichtbar.

Nach Statistiken der Vereinten Nationen (Uno) liegen von den 41 ärmsten Ländern der Welt 28 in Afrika.

Afrika könnte von den ostasiatischen Schwellenländern lernen. Ihre Ausgangslage Anfang der sechziger Jahre war jener der Afrikaner ähnlich. Der Grund ihrer Prosperität sind eine auf den Prinzipien der freien Marktwirtschaft beruhende Wirtschaftspolitik, ein Minimum an staatlicher Kontrolle und ein Maximum an Anreizen für private Initiative.

Die Afrikaner beginnen denn auch die Zeichen der Zeit und die Bedeutung von «people power» zu erkennen:

- In Angola sollen gemäss dem am 31. Mai geschlossenen Friedensabkommen übers Jahr erste freie Mehrpartei-wahlen stattfinden.

- In Burkina Faso (Obervolta) versprochen die Militärs auf Druck der oppositionellen Demokratischen Kraft für den 1. und den 15. Dezember freie Präsidentschafts- und für den 12. Januar 1992 Parlamentswahlen.

- In Ghana hat Fliegerleutnant Jerry Rawlings für «spätestens Spätherbst 1992» Mehrpartei-wahlen zugestanden. Aber die Opposition drängt auf Wahlen noch in diesem Jahr.

- In Guinea (Conakry) hat die Regierung von Präsident Lansana Conte Gesetzesentwürfe entweder für ein Zwei- oder ein Mehrparteiensystem für Dezember in Aussicht gestellt.

- In Kenya klammert sich Daniel arab Moi nach wie vor am Einparteiensystem fest. Das oppositionelle Forum für die Restauration der Demokratie (Ford) hat für Oktober mit Demonstrationen gedroht.

- In Kongo haben die Militärs Marx und Lenin abgeschworen und freie Wahlen versprochen, doch geht die Registrierung der Wähler schleppend vor sich.

- In Sierra Leone sieht sich Militär und General-Präsident Joseph Momoh wachsender Opposition seitens der Ver-

einigten Front politischer Bewegungen gegenüber. Die Front fordert freie Wahlen «zu Beginn des nächsten Jahres».

- Auf Madagaskar regiert Präsident Didier Ratsiraka nur noch auf Zeit. Die Opposition «Active Forces» hat eine Gegenregierung gebildet.

- Am 14. Dezember wählt Nigeria seine Gouverneure und Parlamentarier. Die Militärs haben zwei Parteien zugelassen, eine links und eine rechts vom Zentrum. Im Oktober nächsten Jahres wollen die Militärs die Macht an die gewählten Zivilisten zurückgeben.

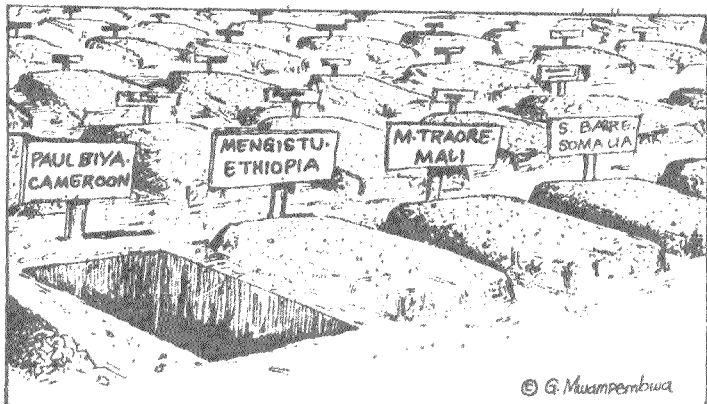
- In Sambia geht die Einpartei-herrschaft von Kaunda wahrscheinlich am 31. Oktober zu Ende. Nur widerwillig stimmte er Mehrpartei-wahlen zu. Hauptherausforderer seiner Vereinigten Nationalen Unabhängigkeitspartei (Unip) ist die Bewegung für eine Mehrparteiendemokratie (MMD).

- In Tansania beharrt Präsident Ali Mminji darauf, dass die Einführung des Mehrparteiensystems vorerst «auf nationaler Ebene» erörtert werden müsse. Ein Oberster Richter solle durch das Land reisen und sich die Meinung des Volkes anhören.

- In der Zentralafrikanischen Republik debattiert Präsident André Kolingba mit sechs erst kürzlich zugelassenen Oppositionsparteien über «eine Verbesserung des politischen Klimas im Lande».

Ein Mehrparteiensystem (nach afrikanischem Verständnis) haben bereits eingeführt Benin, Botswana, Guinea-Bissau, Kapverden, Namibia, São Tomé und Príncipe (Südafrika unter den Weissen). Die Elfenbeinküste, Gabon und Senegal bewegen sich in Richtung Parteienpluralismus. Diktaturen sind Malawi und Äquatorialguinea.

Die Afrikaner erwachen und erkennen, dass Demokratie nicht nur die Chance bietet, dass Mehrheiten über den politischen Kurs entscheiden können, sondern auch in der Wirtschaft die richtigen Frauen und Männer ans Steuer kommen. □



# Annemarie Huber-Hotz: FDP-Mitglied, weil es zum Liberalismus keine Alternative gibt

**Wenn Sie in die Zukunft blicken, worauf gründet sich Ihre grösste Hoffnung?**

Auf den Wunsch der Menschen nach Frieden und Wohlstand.

**Was bereitet Ihnen die grösste Sorge?**

Aggression und Hass zwischen Menschen und Völkern.

**Welche Erfindung der Menschheit halten Sie für die wichtigste, welche für die entbehrlichste?**

Die modernen Kommunikationsmittel; dort, wo sie miss-

braucht werden, sind sie die entbehrlichste Erfindung.

**Was lieben Sie an der Schweiz?**

Die Vielfalt der Natur und Kultur sowie die Möglichkeit, in-nerst kürzester Zeit Grenzen zu überschreiten.

**Was missfällt Ihnen in unserem Land?**

Der Mangel an Mut und Lust zum Risiko und Abenteuer; unser Wohlstand und Ordnungssinn lässt uns im Erreichten erstarren.

**Können Sie sich mit dem Wort Bertrand Russells einverstanden erklären: «Mehrheiten zementieren das Bestehende, Fortschritt ist nur über Minderheiten möglich?»**

Nur beschränkt; der Fortschritt ist oft auch auf die Weitsicht und den einsamen Kampf von einzelnen Persönlichkeiten zurückzuführen.

**Warum sind Sie bei der FDP?**

Zum Liberalismus gibt es keine Alternative.

**Gesetzt, es gäbe einen Nobelpreis für Politiker. Wem würden Sie ihn verleihen?**

Dem deutschen Bundespräsidenten.

**Wodurch kann eine Politikerin, ein Politiker Sie überzeugen?**

Mut, Offenheit und Toleranz.

**Was fällt Ihnen zum Thema Männer und Frauen ein?**

Dass es neben den biologischen keine Unterschiede mehr geben sollte, dass sowohl Männer wie Frauen je



Die Sekretärin des Ständerates, Annemarie Huber-Hotz, weilt FDP-Ständerat Arthur Hänsenberger (BE) in die Geheimnisse der präsidentenamtlichen Amtsführung ein. (Photo ruti)

nach Situation hart und kämpferisch oder aber weich und gefühlvoll sein dürfen.

**Was sehen Sie als Ihre persönliche Schwäche an, was als Ihre persönliche Stärke?**

Dies müssten eigentlich andere beurteilen. Zu meinen Schwächen gehört wohl die Ungeduld, zu den Stärken die Lust an der Arbeit und auf Herausforderung in allen Bereichen.

**Welches Buch lesen Sie gerade jetzt?**

Mehrere: M. Edelmanns «Politik als Ritual», die Biographie von Jehan Sadat und «Porträts über Frauen in Moskau» von H. Siwik und L. Wassiljowa. Für die Ferien ist eingepackt: «Der Mann ohne Eigenschaften» von R. Musil.

**Was tun Sie, um sich fit zu halten?**

Nichts.

**Was möchten Sie am liebsten tun können, was Sie nicht können?**

Nichts tun.

**Welche schweizerische Persönlichkeit möchten Sie gerne kennenlernen, und warum?**

Ich hätte gerne Friedrich Dürrenmatt kennengelernt, um mit ihm über Gott und die Welt, und Max Frisch, um mit ihm über die Liebe zu sprechen. □

## Kurzbiographie

### Annemarie Huber-Hotz

**Zur Person:** Aufgewachsen in Baar ZG mit fünf Geschwistern; seit 13 Jahren lebe ich in Bern mit meinem sehr toleranten und grosszügigen Mann und den drei schulpflichtigen Kindern.

**Alter:** 43

**Berufliche Stationen:** Nach der Matura Studien der Soziologie und Politologie in Bern, Uppsala (Schweden) und Genf sowie der «Raumplanung an der ETH in Zürich. Seit 1978 Mitarbeiterin der Parlamentsdienste, Sekretärin des Ständerates seit 1981, stv. Generalsekretärin der Parlamentsdienste seit 1989 (verantwortlich für die wissenschaftlichen Dienste).

**Politischer Werdegang:** Keiner! Mitglied der FDP seit 1979.

**Liebste Tätigkeit:** «Schlafen» hat meine Tochter Mira in einem Schulaufsatz zum Thema Mutter geschrieben – was allerdings nur z. T. stimmt. □

## Zwischen Tradition und Zukunft

Im Rahmen der Neuausgabe von Karl Schmid's längst vergriffenen Werken erscheint eine Sammlung von Anspra-

chen und Aufsätzen aus 25 Jahren.\* Wie aktuell die Gedanken des 1974 verstorbenen Professors für deutsche Literatur und Geistesgeschichte sind, geht schon aus der Tatsache hervor, dass drei der zehn Aufsätze das Thema Europa in den Mittelpunkt stellen.

Der Europagedanke ist auch sonst präsent. Dabei betont der Autor immer wieder, dass eine europäische Zukunft ohne nationale Traditionen nicht nur eine Utopie, sondern auch eine fatale Fehlentwicklung wäre.

Schmid versteht es meisterhaft, das Bekenntnis des Föderalisten mit älteren und neuen historischen Beispielen zu untermauern. Gleichzeitig bekun-

det er eine Weltoffenheit, die sich deutlich von jeder seldwylischen Kirchturmpolitik abhebt.

Immer wieder hat sich Karl Schmid mit der Einstellung der Dichter zu ihrer Heimat befasst. In seinem wohl bekanntesten Buch, «Unbehagen im Kleinstaat», war ein Kapitel Max Frisch gewidmet. Im Anschluss an eine Pressepolemik rund um diese Publikation kam es zu einer Korrespondenz zwischen Karl Schmid und Max Frisch und zu einem längeren Gespräch, das Sigmund Widmer, der Verfasser des Nachworts zum vorliegenden Buch, arrangierte. Am Ende kam es zu einer Entfremdung der beiden Geister; der definitive Bruch hat dem sensiblen, stets um echten Dialog besorgten Karl Schmid in den letzten Monaten seines Lebens stark zugesetzt.

Im Anhang des Buches ist das aktuelle «Gespräch über die Schweiz» in Form von Briefen, Reden, Zeitungsartikeln und Notizen aus dem Nachlass wiedergegeben. □

## Schweiz und Deutschland

Nach der deutschen Wende und im Jubiläumsjahr der Eidgenossenschaft ist die Frage des 1954 in Winterthur gehaltenen, heute erstmals im Druck vorliegenden Vortrags\* zweifellos aktueller denn je: «Wo liegen die Wesensverschiedenheiten, die wir heute zwischen der Geschichte des Deutschen Reiches und der Geschichte der Eidgenossenschaft feststellen?»

Die offensichtlichste Weggabelung liegt im 18. Jahrhundert, als der vom Geist der Aufklärung geprägte Begriff «Vernunft» seine verächtliche Bedeutung gewann. Verantwortlich dafür zeichnet die Generation grosser deutscher Dichter, die dem Geniekult huldigte. In ihrer Nachfolge erlag das deutsche Geistesleben mehr und mehr der Faszination von Grösse, Heldentum und unbedingter und damit fragwürdiger Bereitschaft zur Pflicht; einer geradezu «dämonischen Schicksalspflicht», die 1933 «unzählige kleine moralische Bedenken zerstört».

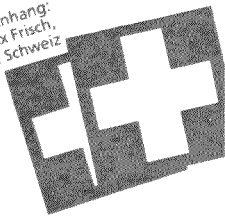
Im Gegensatz dazu ist der Deutschschweizer ein «Abtrünniger», ein Protestant, der sich im 16. Jahrhundert von der allgemeinen Kirche distanziert. Getrennten Weges entgeht die Schweiz dem fatalen Irrweg, der Deutschland in die Katastrophe des 20. Jahrhunderts hineinmanövriert.

So zwingend Karl Schmid argumentiert, so wenig mass er sich Schuldzuweisungen an. Er schlägt lediglich vor, aus der Vergangenheit die Lehre für die Zukunft zu ziehen. □

\* Karl Schmid: Die geistigen Grundlagen des heutigen Deutschland. Der Winterthurer Vortrag. 48 Seiten. Rothenhäusler-Verlag, Franken 16.50.

Karl Schmid  
**Die Schweiz  
zwischen Tradition  
und Zukunft**  
Ansprachen und Aufsätze  
aus 25 Jahren

Mit einem Anhang:  
Karl Schmid - Max Frisch,  
Gespräch über die Schweiz



Novalis/Rothenhäusler

\* Karl Schmid: Die Schweiz zwischen Tradition und Zukunft. Ansprachen und Aufsätze aus 25 Jahren. Mit einem Nachwort von Sigmund Widmer und einem Anhang: Karl Schmid und Max Frisch, «Gespräch über die Schweiz». 210 Seiten. Rothenhäusler/Novalis, 34 Franken.

## Umfassende Gesamtschau

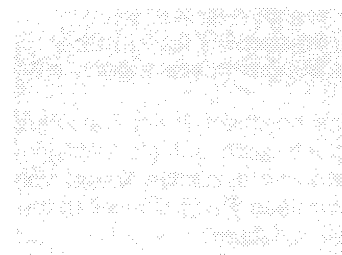
**Beim angezeigten Werk\* handelt es sich um den ersten systematischen Kommentar zum total revidierten Mietrecht, welches am 1. Juli 1990 in Kraft getreten ist.**

Dass in so kurzer Zeit eine derart umfassende Gesamtschau des neuen Mietrechtes publiziert werden konnte, war nur dadurch möglich, dass sich eine ganze Reihe von Autoren an der Arbeit beteiligten. Da es sich dabei durchwegs um Rechtsanwältinnen handelt, ist das Werk denn auch weniger als

Lehrbuch für Studierende, sondern vielmehr als Hilfsmittel für Praktizierende (Anwälte, Richter, Schlichtungsstellen usw.) geeignet.

Das Werk enthält neben dem systematischen Kommentar zu den im Rahmen der Kodifizierung des Mietrechtes ins Obligationenrecht eingefügten Gesetzesartikeln den vollständigen Text des entsprechenden Verfassungsartikels, des Gesetzes sowie der dazugehörigen Verordnung in deutscher, französischer und italienischer Sprache. Dies ist eine hilfreiche Dienstleistung, da der Praktiker sich zuweilen mit anderssprachigen Klienten oder Behörden auseinandersetzen muss. Mit dem vorliegenden Kommentar verfügt er nun über das fachspezifische Vokabular.

Das revidierte Mietrecht hat einige einschneidende Änderungen, insbesondere auf den bedeutungsvollen und komplexen Gebieten der Mietzinserhöhung und der Anfechtung des Anfangsmietzinses, mit sich gebracht. Dies hat ohne



**Schweizerisches  
Mietrecht**

**Kommentar**

Zweifel mancherorts eine gewisse Verunsicherung bewirkt.

Das Mietrecht ist leider zu dem am stärksten der Privatautonomie und Vertragsfreiheit entzogenen Bereich verkümmert. Ein Übergang zur Marktmiete mit Entkoppelung von Hypothekar- und Mietzins scheint leider in weite Ferne gerückt. Um so verdankenswerter ist das rasche Erscheinen dieses Kommentars.

Christian Flückiger, Rolf Lehmann, Franz Stämpfli, Fürsprecher und Notare, Bern

\* Schweizerisches Mietrecht, Kommentar, herausgegeben vom Schweiz. Verband der Immobilienreuhänder. SVIT-Verlag, Postfach 221, 8057 Zurich, 1991, 900 Seiten, Fr. 196.- Autoren: Prof. Dr. iur. Martin Usteri, Dr. iur. Kurt Brunner, Dr. iur. Raoul Futterlieb, Dr. iur. Beat Rohrer, Dr. iur. Jean Pierre Tschudi. Koautoren, Lektoren, Koordination: Peter Heinrich, Katharina Stucki, Albert L. Petermann. Beratung, Lektorat: Fürsprecher Hans Bättig.



Alle freisinnigen Kandidaten, die den Sprung vom Nationalrat in den Ständerat in Angriff genommen haben, wagen ihn ohne Netz: Im Gegensatz zu Kollegen aus anderen Parteien kandidieren sie nur für den Ständerat und nicht – aus Sicherheit – auch noch für den Nationalrat. Von links nach rechts: Kurt Schüle (SH), Sergio Salvioni (TI) und Rolf Büttiker (SO) in der oberen Reihe, Gilles Petitpierre (GE) und Willy Loretan (AG) in der unteren Reihe. (Photos ruti)

## Gewagter Sprung – ohne Netz

**Im Gegensatz zu Kollegen anderer Parteien wagen alle freisinnigen Kandidaten, die den Sprung vom Nationalrat in den Ständerat in Angriff genommen haben, diesen Wechsel ohne Absicherung durch eine Doppelkandidatur.**

Anna-Marie Kappeler

Was ist gleich und was ist verschieden zwischen den sozialdemokratischen Nationalräten Elmar Ledergerber (ZH), René Longet (GE), Hans Zbinden (AG) sowie Peter Bodenmann (VS) und den freisinnigen Nationalräten Kurt Schüle (SH), Sergio Salvioni (TI), Rolf Büttiker (SO), Gilles Petitpierre (GE) sowie Willy Loretan (AG)?

Gleich ist, dass alle für den Ständerat kandidieren. Die freisinnigen Nationalräte aber wa-

gen den Sprung in den Ständerat, ohne als Sicherheit gleichzeitig erneut für den Nationalrat zu kandidieren: Das ist – natürlich nur auf die Kandidatur bezogen – der Unterschied zu den SP-Kollegen.

Die FDP-Politiker zeigen Mut. Sie alle haben einen sicheren Nationalratssitz zu verlieren; sie alle haben kompromisslos auf Gewinn gesetzt. Die freisinnige Wählerschaft würde eine Doppelkandidatur nicht akzeptieren, so die Meinung der FDP-Kandidaten. Freisinnige haben

gern klare Verhältnisse, kein Sowohl-Als-auch, kein Festhalten à tout prix an einem Parlamentsmandat. Mit dieser Haltung sind sie offensichtlich strenger als sozialdemokratische Wählerinnen und Wähler.

Doppelkandidaturen aber machen tatsächlich den Eindruck, als glaubte der Bewerber selbst nicht an einen Sieg. Der sichere Nationalratssitz als Rückversicherung!

Der Wähler wird zudem hinteres Licht geführt. Dem Ständeratsbewerber mit Doppelkandidatur geht es darum, den ersten Wahlgang zu stören, Stimmen zu zersplittern, einen zweiten Wahlgang herbeizuführen: taktische Gründe anstatt der ehrlichen, nämlich als Ständerat den Kanton in Bern vertreten zu wollen.

Kurt Schüle setzt in Schaffhausen dazu an, den 1979 an die Sozialdemokratin Esther Bühler verlorenen Sitz für die Freisinnigen wiederzugewinnen. Rolf Büttiker verteidigt in Solothurn den Sitz des im Amt verstorbenen Ständeratspräsidenten Max Affolter.

Auch im Kanton Genf gilt es, einen freisinnigen Nachfolger zu sichern: Gilles Petitpierre soll auf Robert Ducret folgen. Im Kanton Aargau muss Willy Loretan den Sitz von Bruno Hunziker gegen eine harte Konkurrenz verteidigen.

Etwas spezieller ist die Situation im Kanton Tessin: Sergio Salvioni will Ständerat werden und tritt damit nicht nur gegen den amtierenden CVP-Ständerat Camillo Jelmini und Giorgio Morniroli von der Lega dei Ticinesi an, sondern auch gegen seinen Fraktionskollegen Ständerat Franco Masoni. – Wenn das nur gutgeht! □

# Missverständnisse um die Marktmiete

Als die Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP) eine Abänderung der heutigen mietrechtlichen Bestimmungen im Sinne einer vermehrten Vertragsfreiheit und Marktmiete verlangte, wurde der Begriff Marktmiete von linken Kreisen als kapitalistische Gefahr betrachtet und den Mietern gehörig Angst eingejagt. Zu Unrecht!

Dr. Alexander Willi\*

Marktmiete heisst weder hohe Miete noch tiefe Miete. Der Gegensatz zur Marktmiete ist die Kostenmiete gemäss den Grundsätzen, die aus dem sogenannten Missbrauchsbeschluss und dem neuen Mietrecht entwickelt wurden. Danach hat der Mieter Anspruch darauf, dass er nicht mehr Miete bezahlen muss, als der Vermieter an entstandenen Ko-

\* Präsident des Verbandes liberaler Baugenossenschaften, Kriens.



Anlässlich der Gründung einer liberalen Baugenossenschaft in Solothurn im August dieses Jahres überreicht FDP-Parteipräsident Franz Steinegger dem Verband das Modell einer Schweiz, in der alle bestehenden Baugenossenschaften eingetragen sind. Der VLB ist heute mit 183 Mitgliedergenossenschaften in zwölf Kantonen aktiv. (Photo ruti)

sten nachweisen kann. Die wichtigsten Kostenfaktoren sind die Hypotheken und Schulden, weil bekanntlich in unserem Lande die Häuser recht hoch mit Bankkrediten belastet sind.

Wenn nun die Bankzinsen innert kurzer Zeit ansteigen, wie wir dies im vergangenen Jahr und in diesem Jahr erlebt haben, so schnell durch die Koppelung der Kostenmiete der Mietzins automatisch auch

empor. Die hektischen Ausschläge der Geldkosten, die früher in diesem Ausmasse gar nicht bekannt waren, führten auch zu sehr unerwünschten Mietzinssteigerungen. In diesem Umfeld haben die Freisinnigen die Entkoppelung des Mietzinses vom Bankzins bzw. Hypothekarzins verlangt und den Begriff der Marktmiete verwendet. Es ging darum, das automatische Emporschnellen der Mietzinse zu verhindern und nicht zu fördern.

## Missbrauch zum Nachteil der Vermieter

Zugegeben ist, dass bei einer Entkoppelung der Mietzinse von den Bankzinsen die Verbilligung von Mietzinsen ausbleibt, auch wenn der Bankzins billiger wird. Das wäre aber aus verschiedenen Gründen gerade anzustreben. Jetzt muss nämlich der gute Hausverwalter die Mietzinse bei steigenden Bankzinsen anheben, weil später nach geltendem Recht die Mieter eine Reduktion verlangen können, wenn die Bankzinsen wieder fallen.

Nun hat es leider mehrere Fälle gegeben, in welchen der

## FDP-Standpunkt

### Kritik und Polemik tragen nichts zur Lösung bei

Die Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP) weist die Kritik der SP und des Schweizerischen Mieterverbandes an ihrer Wohnungspolitik zurück. Die FDP ihrerseits wird der SP und dem Mieterverband vor, mit ihrer Kritik und Polemik wiederum nichts zur Lösung der Wohnungsnot beizutragen.

Die FDP beharrt auf ihrer Aussage, dass sich Teile des vom Mieterverband und von den Sozialdemokraten propagierten Mieterschutzes kontraproduktiv ausgewirkt haben. Die FDP will mehr Woh-

nungen. Das Mietrecht aber schreckt vor der Produktion neuer Mietwohnungen ab. Dieses Versagen der Politik muss nach Ansicht der FDP korrigiert werden.

Vorschriften abbauen, Wohnungen aufbauen, so lautet der Kurs der FDP. Nur ein funktionierender Wohnungsmarkt kann das Wohnungsproblem in der Schweiz wirklich lösen. Zu was für Resultaten das Ausserkraftsetzen des Marktes geführt hat, wurde uns in jüngster Zeit hinreichend vor Augen geführt. Eine Änderung der Politik in

Richtung mehr Markt und Vergrösserung des Angebotes führt nicht zu einer «Mietpreisexplosion», wie es Mieterverband und SP wider besseres Wissen behaupten. Dennoch können Härtefälle auftreten, die es nach Meinung der FDP durch gezielte Hilfen aufzufangen gilt.

Die FDP will «Anstrengungen aller am Wohnungsmarkt Beteiligten mit dem Ziel kostengünstigen Bauens». Um dieses Ziel zu erreichen, fordert die FDP beispielsweise, dass die Bauvorschriften vereinfacht werden, das Angebot an eingezontem baureifem Land vergrössert und das Bauland häuslicher genutzt wird. SFP

Mieter die Reduktion auch dann verlangte, wenn der Vermieter in früheren Jahren bei steigenden Zinsen gar keine Erhöhung angebeht hatte. Gültige Vermieter werden mit dem neuen Mietrecht geprellt.

Aus der Missbrauchsgesetzgebung zum Schutze der Mieter ist ein Missbrauch zum Nachteil der Vermieter geworden. Das kann mit der Wiedereinführung der Vertragsfreiheit bzw. mit der Marktmiete ausgeschlossen werden.

## Wiedereinführung der Vertragsfreiheit

Der Angriff der Linken gegen die Marktmiete ist im Grunde genommen ein Angriff aus der Angst, die ohnehin schon hohen Mietzinse würden weiter ansteigen. Gegen hohe Mietzinse ist nicht die Knebelung der Vermieter das geeignete Mittel, sondern die Beanspruchung der Subventionierungsmöglichkeiten nach Wohneigentumsförderungsgesetz (WEG) und die Mitarbeit in den vielen gemeinnützigen Bau-

genossenschaften, die auch in Zukunft noch aktiv sein werden.

Die Baugenossenschaften können aber nicht den ganzen Wohnungsbedarf abdecken. Daneben braucht es auch noch private Unternehmer, die bereit sind, Wohnungen im freien Markt zur Verfügung zu stellen. Die Kostenmiete ist neben vielen anderen ungünstigen Vorschriften ein Grund dafür, dass die Produktion von Wohnraum in den letzten Jahren massiv zurückgegangen ist. Darum braucht es weniger Vorschriften, wenn wir in Zukunft wieder mehr Wohnungen haben wollen.

Die Marktmiete ist eine deregulierte Miete. Sie basiert auf dem freien Vertrag zwischen Vermieter und Mieter. Die Kostenmiete ist eine staatlich festgesetzte Miete, wie sie sonst in freien Ländern nicht gerade üblich ist. Die Wiedereinführung der Vertragsfreiheit (sprich Marktmiete) ist ein geeigneter Anreiz, zusätzlichen Wohnraum zu schaffen. □

## Aktuell

### Wie man die Öffentlichkeit hinters Licht führt

Wahlkämpfe rechtfertigen vieles, sie rechtfertigen indessen nicht, dass in Wahlzeiten bewusst Unwahrheiten verbreitet werden, um den politischen Gegner in ein schlechtes Licht zu stellen.

Die Sozialdemokratische Partei (SP) tut dies. Sie behauptet, es wäre möglich gewesen, auf den 1. Januar 1992 den AHV-Rentnern höhere Renten zuzusprechen, wenn die Kommission für Soziale Sicherheit im Eilverfahren, ohne sorgfältige Detailberatung und ohne Überlegung hinsichtlich der Kostenfolge die Rentenerhöhungen aus dem Gesamtpaket der 10. AHV-Revision herausgebrochen und dem Nationalrat in der Dezembersession zum Entscheid vorgelegt hätte.

Die nervösen SP-Strategen müssten wissen, dass die Schweiz das Zweikammersystem kennt und Beschlüsse des Nationalrates ohne Zustimmung des Ständerates nicht in Kraft treten können. Die Aufteilung der 10. AHV-Revision in zwei Vorlagen hätte im Ständerat sicher zu Diskussionen Anlass gegeben und wäre nicht als blosse Differenzvereinbarung angesehen worden. Eine Verabschiedung des ersten Teilpakets der 10. AHV-Revision wäre deshalb in der Dezembersession nicht möglich gewesen.

Die SP-Strategen müssten ferner wissen, dass jedes Gesetz und jede Gesetzesänderung dem fakultativen Referendum untersteht. Selbst wenn das Parlament noch im Dezember eine Rentenerhöhung verabschiedet hätte, hätte die dreimonatige Referendumsfrist abgewartet werden müssen. Ferner wären neue Ausführungsbestimmungen und administrative Weisungen notwendig gewesen. Die AHV-Ausgleichskassen hätten die Rentenansprüche einer Million AHV-Rentnern neu berechnen müssen. Das dauert selbst im Zeitalter der Computer mehr als nur einige Tage. Rückwirkende Auszahlung von AHV-Renten ist nicht möglich; das haben die Erörterungen über die

ausserordentliche Teuerungszulage im Jahre 1991 bewiesen.

Diese Tatbestände und Zusammenhänge sind den SP-Strategen bekannt. Dennoch spiegeln sie den Rentnern vor, es wäre möglich gewesen, die Renten auf Anfang 1992 zu erhöhen, wenn es die «bösen» anderen Parteien auch gewollt hätten. Kann man Derartiges noch nervöses Wahlgeplänkel nennen, oder muss man hier nicht eher von bewussten Unwahrheiten sprechen?

Die SP kritisiert, dass wegen Termenschwierigkeiten die Kommissionssitzung auf Mitte Januar verschoben worden sei. Hier müsste die SP-Parteileitung einmal mit ihren eigenen Kommissionsmitgliedern sprechen, denn auch die SP-Kommissionsmitglieder machten bei Daten im Oktober und November Unabkömmlichkeit geltend. Der Eindruck verstärkt sich, dass es lediglich die SP-Wahlstrategen waren, die diesen AHV-Wahlrummel vom Zaune gerissen haben, und zwar ohne Rücksprache mit den SP-AHV-Spezialisten in der vorberatenden Kommission. Im privaten Gespräch haben diese sich nämlich von der SP-Schmierkomödie distanzieren.

Apropos Schmierkomödie: Auch die CVP geht in ihrem Wahlkampf mit der 10. AHV-Revision auf Stimmenfang. Perfid spielt sie die Anliegen benachteiligter Rentner gegen die Forderungen der Frauen aus. Weil unter anderem FDP-Kommissionsmitglieder vom Departement von Bundesrat Cotti endlich vollständige Unterlagen für den unabhängigen Rentenanspruch der Frau fordern, werfen sie der FDP vor, sie verzögere die Reform. Dabei weiss die CVP nur zu gut, dass diese Forderung seit rund zwanzig Jahren (!) auf dem Tisch von CVP-Bundesräten liegt. SFP



Dr. Alexander Wili, tatkräftiger Präsident des Verbandes liberaler Baugenossenschaften.

**Wer trinkt, wird alt –  
wer säuft, stirbt bald** Deutsches Sprichwort

Wer den Wein, dieses köstliche Naturgeschenk, im Übermass zu sich nimmt, der weiss ihn nicht richtig zu schätzen. Der echte Weinfreund aber erkennt, dass sich ihm dieses edle Getränk im bedächtigen, massvollen Genuss voll offenbart. Ihm ist aber auch jede Flasche schon lieb, lange bevor er sie entkorkt: wenn er sie sorgfältig auswählt und liebevoll in seinem Keller bettet.

Für jenen Weinfreund sind wir gerne tätig. Ihm gehört unsere langjährige Erfahrung (unser Haus ist seit fast 300 Jahren dem Wein verbunden).

Rufen Sie uns an, Telefon (043) 24 33 33, oder schicken Sie uns eine Postkarte. Sie erhalten von uns dann umgehend völlig unverbindlich unser «Wiibüechli» – eine köstliche Lektüre für jeden Weinfreund.

St. Jakobskellerei  
Schuler & Cie. AG  
Franzosenstrasse 14  
6423 Seewen (Schwyz)



**SCHULER-WEINE**  
**St JAKOBSKELLEREI**  
SCHULER + CIE AG SCHWYZ + LUZERN

*700 Jahre Schweiz,  
Ein Grund mehr,  
über die Grenzen zu blicken.*

**«Mit dem Beinahe  
darf man sich  
nie zufriedengeben.»**

*(Spruchweisheit aus Frankreich)*

*1834 schrieb J.J. Sulzer seinen Söhnen: «Was Ihr macht, das macht recht. Es kostet nicht mehr Zeit, als Ihr dazu braucht, es schlecht zu machen.» Dieser Ausspruch ist zum Leitgedanken des Sulzer-Konzerns geworden. Besagt er nicht dasselbe wie die oben zitierte Spruchweisheit? Man sieht, sobald man über die Grenzen blickt: Weisheit kennt keine Grenzen.*

**SULZER®** Technologie  
*Know-how ohne Grenzen*

K-17

**Unsere Produkte  
sind**

**Ideen  
Qualität  
Nutzwerte  
Freude  
Sicherheit**

SPALTENSTEIN IMMOBILIEN AG  
Siewerdstrasse 8, 8050 Zürich  
Tel. 01/316 13 00, Fax 01/316 13 94

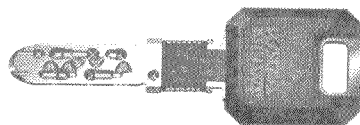
**Spaltenstein**  
IMMOBILIEN AG



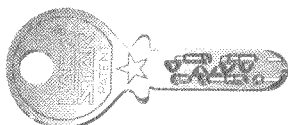
**Gezielt  
Werben**

**ofa**

**Verlieren heisst  
nicht verloren.**



**KABA NOVA:** Bei Schlüsselverlust kann der Code selber umprogrammiert werden.



**KABA STAR-Vario:** Bei Schlüsselverlust kann der Code des mechanischen Schliesszylinders umgestellt werden.

Ihr Partner für erfolgreiche Schlüsselerlebnisse:

Bauer Kaba AG, 8620 Wetzikon, Telefon 01/931 61 11, Fax 01/931 63 85

**KABA®**

**Impressum**

**Freisinn FDP**

Monatszeitung, herausgegeben von der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP), Bahnhofplatz 10, 3001 Bern.

Redaktion «Der Freisinn», Postfach 6136, 3001 Bern, Telefon (031) 22 34 38.

**Verantwortlich für die Redaktion:**

Generalsekretariat FDP der Schweiz, Anna-Marie Kappeler (AMK). Für die Kantonalseiten die jeweilige Kantonalpartei.

**Inseraten-Verwaltung:**

Neue Zürcher Zeitung, Fremdsprachen «Freisinn FDP», Postfach, 8021 Zürich, Telefon (01) 258 11 11.

ofa Zeitschriften, Sägereistrasse 25, 8152 Glattbrugg, Telefon (01) 809 31 11.

**Druck:**

Neue Zürcher Zeitung, Postfach, 8021 Zürich.

Einzelnummer Fr. 2.–  
Jahresabonnement Fr. 20.–



# Was ich gerne loswerden möchte

In der März-Ausgabe dieses Jahres des «Freisinn» wurde auf den FDP-Frauentag in Thun aufmerksam gemacht. Mit einem Talon konnte man sich anmelden und die gewünschte Arbeitsgruppe wählen. Von einem solchen Anlass mit dem Thema «Frauen in einer veränderten Welt» angetan, füllte ich diesen Talon sofort aus, schickte ihn ein und merkte mir den 24. Mai vor.

Als ich jedoch eine Woche vor der Veranstaltung weder eine Einladung noch Arbeitspapiere bekommen hatte, erkundigte ich mich im Sekretariat, ob die Tagung überhaupt stattfindet. Dort teilte man mir mit, dass man keine Einladungen verschickt habe, der Anlass finde wie angekündigt statt. Es hätte sehr gut sein können, dass ich die Tagung vergessen hätte. Zudem hätte man sich, wenn man Arbeitspapiere zugeschickt hätte, vorbereiten können. Schade!

So verbrachte ich nun den 24. Mai 1991 trotzdem im Ausbildungszentrum Seepark in Thun. Es war ein aussergewöhnlicher Tag. Die Referate von Professor Lüscher, Frau Saudan und Frau Calonder vermittelten mir neue Aspekte zum erwähnten Themenbereich sowohl aus der Sicht des Wissenschafters wie der Politikerin und Mutter als auch aus der Sicht der Betriebspsychologin.

Die kompetente Art von Nationalrätin Nabholz in der Gruppe «Arbeit» überzeugte mich erneut. Sehr interessiert und engagiert wurde in dieser Gruppe über Teilzeitarbeit, Lohnungleichheit (Umkehr der Beweislast), Nachtarbeit, Tagesschulen usw. diskutiert.

Nach der Verabschiedung des Resolutionsentwurfes wünschten alle über 160 Frauen mit den Erkenntnissen dieses Tages an die Öffentlichkeit zu gelangen. Vergeblich suchte ich jedoch in den folgenden Tagen nach einem Artikel in den einschlägigen Tageszeitungen. Ein einziger Bericht erschien in der Juni-Ausgabe des «Freisinn».

Sehr gerne hätte ich, wie von den Organisatorinnen versprochen, die überarbeiteten Arbeitspapiere der andern und der eigenen Arbeitsgruppe per Post in Empfang genommen, doch nun sind drei Monate vergangen, und ich habe noch nichts erhalten.

Ich bin sehr enttäuscht. Diese Tagung hätte eine sehr gute Basis sein können, um der Gleichberechtigung einen Schritt näher zu kommen.

Katrin Zumstein  
Bützberg

## Auszug aus dem Antwortschreiben

*Bei der «Thuner Tagung» handelte es sich um ein gemeinsames Projekt der SVFF und der FDP Schweiz. Aus verschiedenen Gründen klappte die Zusammenarbeit nicht so, wie wir uns dies gewünscht hätten. Dies führte zu etlichen Fragen und Problemen betreffend Zuständigkeiten, was sich – auch zu unserem Leidwesen – in organisatorischer Beziehung auf die Tagung auswirkte. Wir entschuldigen uns dafür.*

*Die Durchführung von Delegiertenversammlungen, Studientagungen usw. bedeutet jeweils eine starke Mehrarbeit in unserem Sekretariat. Gerne wären wir jeweils perfekt, verschickten rechtzeitig Bestätigungen der Anmeldung, Tagungsunterlagen usw. Leider fehlten uns im konkreten Fall die Adressunterlagen, so dass ein Schreiben unterblieb. Wir waren (und sind) der Ansicht, dass dies zu verantworten war, zumal es nur um eine Bestätigung der Anmeldung hätte gehen können, denn auf Wunsch der Referenten sollten die Referate nicht vorzeitig abgegeben werden. Die Thesen der Gruppenleiterinnen erhielten wir zu kurzfristig.*

*Der Resolutionstext musste nach der Tagung noch bereinigt werden. Er wurde der Presse am 3. Juni 1991 abgegeben. Auch wir bedauerten, dass er nirgends in der Presse Aufnahme fand!*

*Die Politische Rundschau, welche alle Unterlagen der*

## Das ist Ihre Seite

Mit der Frage «Was meinen Sie?» ist diese Seite bezeichnet. Schreiben Sie dem «Freisinn», was Sie zu Beiträgen meinen, was Sie über politische Themen denken, was Sie für Ideen haben.

Bemühen Sie sich, sich kurz zu fassen. Sie kennen die Bitte auf jeder Leserbriefseite.

**Ihre Briefe richten Sie an: «Freisinn», FDP-Generalsekretariat, Postfach 6136, 3001 Bern**

*Tagung enthält, ist Mitte September erschienen. Auch dies braucht jeweils Zeit, zumal alle Übersetzungen vorgenommen werden müssen.*

*Eine Delegiertenversammlung wird nächstes Jahr Frauenthemen gewidmet sein. Die «Thuner Tagung» bildet dafür die Basis. Die Redaktion*

## Liberales Gedankengut

Porträts liberaler Parteien («Freisinn» 7/8, Juli/August 1991)

Zu den interessanten Porträts liberaler Parteien aus der Feder von Andreas Winterberger möchte ich doch noch eine Ergänzung machen.

Die liberalen Parteien, die in der Liberalen Internationalen eine Rolle spielen, sind wohl nicht in jedem Fall der einzige oder gar der geeignetste Träger liberalen Gedankenguts ihrer Länder. Das Programm der Konservativen in Grossbritannien scheint mir in weiten Teilen sehr wohl vom liberalen Denken geprägt, und nur diese grundsätzliche Ausrichtung der Partei, mindestens aber ihrer wichtigsten Exponenten vermag auch den relativen Erfolg der Konservativen zu erklären.

Manchmal, der Verfasser hat es mit der Erwähnung von John Major angedeutet, verlaufen Traditionslinien nicht unbedingt parallel mit der Geschichte der Parteien, deren Name sich eher «konserviert». – Eine Motivation mehr für die FDP der Schweiz, sich immer wieder auf ihre liberale Tradition zu besinnen.

Andreas Honegger  
FDP-Kantonsrat, Zürich

## Ökobonus: ein Unfug

Wehret den Ökobonus-Anfängen (Leserbrief in «Freisinn» Nr. 6/Juni 1991)

Oben erwähnter Leserbrief deckt sich voll mit meinen persönlichen Ansichten. Der freisinnige Slogan «Weniger Staat, mehr Selbstverantwortung» scheint mehr und mehr in Vergessenheit zu geraten. Obwohl ich durchaus für einen vernünftigen Umweltschutz einstehe, halte ich den Ökobonus für einen rot-grünen Unfug zum Schaden der Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft.

Die FDP sollte vielmehr auf internationale Lösungen der Umweltprobleme hinwirken, statt solche kleinkarierte «Lösungen» vorzuschlagen (Stichworte: Braunkohlekraftwerke im Osten oder Schadstoffausstoss von Lastwagen!).

Falls die FDP in die rot-grüne Richtung abgeleitet, statt sich um die Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie zu kümmern, so werden meine Frau und ich aus dieser Partei austreten.

Karl Hanser, Ing. HTL,  
Augwil

## Gelungener Beitrag

Werbeverbote als Triumph der Irrationalität («Freisinn» 7/8, Juli/August 1991)

Besonders gelungen, dieser Beitrag von Jost Wirz! Informativ, gut geschrieben, zweckmässig gegliedert und mit aussagekräftigen Illustrationen angereichert: so vertritt er auf eine überzeugende Weise eine freisinnige Position.

Gerne würde ich mehr solche Aufsätze lesen. Die bemühten Aufrufe zu linientreuem Verhalten könnten unterbleiben. Freisinnig sind wir dann, wenn wir in Sachfragen auf einer kompetenten Basis liberal entscheiden. Ich plädiere dafür, im «Freisinn» der Sachinformation mehr Platz einzuräumen. Bezeichnend ist, dass in derselben Nummer ein Inserat der Elektrizitätswerke informativer ist als der gegenüberstehende Tagungsbericht.

Peter Hagemann,  
Romanshorn

**Staat und Wirtschaft sind nicht Gegensätze. Beide sind aufeinander angewiesen: der Staat auf eine leistungsfähige Wirtschaft, die Wirtschaft auf einen leistungsfähigen Staat. Der Staat braucht die Wirtschaft, damit er seine Leistungen überhaupt erbringen kann, und die moderne Wirtschaft ist ohne die staatliche Ordnungsfunktion und eine Reihe unabdingbarer staatlicher Leistungen nicht mehr denkbar. Die Rollen beider Seiten haben sich in den letzten Jahrzehnten aber geändert.**



Bundesrat Kaspar Villiger: «Man mutet dem Staat auch die Lösung von Problemen zu, die von ihm gar nicht befriedigend gelöst werden können.»  
(Photo Michael Stahl)

## Für eine Neuorientierung in Politik und Wirtschaft

**Bundesrat Kaspar Villiger\***

Unsere Wirtschaftslage hat sich verdüstert. Einzelne Branchen haben markante Produktionsrückgänge zu verzeichnen. Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit sind spürbar gestiegen. Strukturelle Schwächen einzelner Sektoren und Unternehmen werden schonungslos sichtbar. Die Teuerung hält sich auf einem inakzeptabel hohen Niveau. Mit diesem «Leistungsausweis» befinden wir uns ganz ungewohnterweise im untersten Drittel aller OECD-Staaten. Es herrscht darum auch verbreitete Unruhe und Unsicherheit darüber, wie es weitergehen wird.

### Innere Verunsicherung

Unsere gegenwärtigen Wirtschaftsprobleme haben vielfältige Ursachen.

Wir sind in diesem Land im Begriff, viele der Trümpfe zu verspielen, die uns während Jahrzehnten im internationalen Wettbewerb jenes Quentchen Vorsprung verschafft haben; das für unseren Wirtschaftserfolg nötig war und eigentlich immer noch wäre.

Die Betonung der Eigenverantwortung, verbunden mit der Gewährung des notwendigen Freiraums für unternehmeri-

ches Handeln, war lange Zeit eine der Stärken unseres liberalen Wirtschaftssystems. Das Vertrauen in uns war so gross, dass Ausländer sogar Negativzinsen in Kauf nahmen, um ihr Geld bei uns anlegen zu können.

Diese Zeiten sind vorbei. Wir haben unsere Stellung als Musterknabe Europas eingebüsst. Wir sind nicht mehr der einzige Hort der politischen Stabilität auf dem Kontinent, im Gegenteil. Im Ausland werden die seltsamen Zeichen innerer Verunsicherung, die wir in der letzten Zeit ausgesandt haben, aufmerksam registriert. Der übertriebene Hang zur Selbstkritik beunruhigt, weckt den Eindruck, als ob die Schweiz in einem permanenten Niedergang begriffen wäre.

Die Eigendynamik eines übersteigerten politischen Aktivismus, der für mehr persönliches Profil jeden Preis, auch denjenigen des Vertrauensverlusts, zu bezahlen bereit ist, verstärkt diese Entwicklung. Einige Politiker schrecken heute nicht davor zurück, mit Halbwahrheiten und dunklen Verdächtigungen Misstrauen zu säen, statt dem Volk die Zuversicht zu vermitteln, die Politik bemühe sich mit grösster Anstrengung um die Lösung der drängenden Probleme unserer Zeit. Und auch die Reihen derer, die voll zu diesem Staat stehen, sind alles andere als geschlossen. Unter dem Druck unserer modernen Kommunikationsgesellschaft erliegt manch einer der Versuchung, Gefälligkeitsurteile an die Stelle

von politischen Grundüberzeugungen zu setzen.

### Neue Anspruchshaltung

In den nächsten Jahren droht uns ein Budgetdefizit. Es ist die Quittung für die neue Anspruchshaltung gegenüber dem Staat. Die unmittelbare Vergangenheit hat erneut gezeigt, wie gross die Versuchung breiter Kreise ist, mit immer neuen Forderungen an Väterchen Staat heranzutreten.

Man mutet heute dem Staat auch die Lösung von Problemen zu, die von ihm gar nicht befriedigend gelöst werden können. Der Glaube an die staatliche Machbarkeit wird dabei von jenen Politikern immer wieder genährt, deren Politik von den Forderungen an den Staat lebt. Wenn dann die Probleme mit den vorgeschlagenen Lösungen doch nicht gelöst werden, dann interessiert das nicht mehr sonderlich, sondern es folgen einfach neue Forderungen.

Dahinter steht teilweise eine klare Strategie. Sie ist auf die Umverteilung und nicht auf die Schaffung wirtschaftlicher Werte ausgerichtet.

Statt Leistungswillen, Eigenverantwortung und Fähigkeit zur Selbsthilfe zu fördern, wird eine billige Erwartungshaltung gegenüber der Allgemeinheit begünstigt.

Der Grundsatz der Subsidiarität, eine der Stärken unseres Landes, wird de facto aufge-

geben. Letztlich propagieren diese politischen Kreise den Verteilungskampf. Sie übersehen dabei, dass er den von ihnen anvisierten Zielgruppen langfristig nicht einmal Vorteile bringt: Am Schluss ist die Verteilung nur unwesentlich anders als zuvor, aber auf einem tieferen Wettbewerbs- und Wohlstandsniveau, bei insgesamt höherer Regulierungsdichte.

Das Erstaunliche am Wiederaufleben des staatlichen Machbarkeitsglaubens und der Anspruchsinflation ist, dass sie zu einer Zeit auftreten, wo anderswo der Ruf nach Freiheit und Eigenverantwortung das Versagen planwirtschaftlicher Modelle schonungslos offengelegt hat. Bei uns manifestieren sich Relikte aus den achtundsechziger Jahren, die in der Bürokratie und in Parteiprogrammen überlebt haben und noch immer das Heil von einer Ausschaltung des Marktes und zentralistisch durchgeführten Reformen erwarten. Der Triumph einer technokratischen Verwaltung über Markt und Wettbewerb feiert Urständ.

Die grosse Gefahr ist, dass mit dem Wegfall abschreckender Beispiele im Osten neue Abarten planwirtschaftlicher Vorstellungen wieder utopiefähig werden. Und während anderswo in der industrialisierten Welt, z. B. in Nordeuropa, die Krise wohlfahrtsstaatlicher Modelle Anlass ist, das Steuer herumzuwerfen, ist hierzulande von einem solchen frischen Wind wenig zu spüren.

Mit der Übernutzung des Staates können der brüchig gewordene Konsens und der soziale Friede nicht gerettet werden. Das ist eine kurzfristige Perspektive, die auf Dauer nicht halten wird, was sie verspricht.

\* Gekürzte Fassung des Referates, gehalten am schweizerischen Bankiertag Anfang Oktober 1991.

## Wohlfahrt

Gesellschaftlicher Konsens und sozialer Friede beruhen auf Wohlfahrt. Wohlfahrt ist mehr als Wohlstand. Zur Verwirklichung der Wohlfahrt gehört ein Staat, der mannigfache Leistungen erbringen muss, also beispielsweise ein sozialer Staat oder ein um die Ökologie besorgter Staat. Aber zur Wohlfahrt gehört auch das individuelle Streben nach Selbstverwirklichung, gehören Freiräume, die dem einzelnen Bürger die Möglichkeit geben, sich zu entfalten und das Leben selber zu gestalten, Freiräume aber auch für die wirtschaftenden Menschen. Wenn dem Bürger die Eigenverantwortung genommen und alle Verantwortung an den Staat delegiert wird, dann wird dieser Bürger früher oder später gegen diesen Staat und seine Verantwortungsträger rebellieren.

Was es braucht, ist klar: mehr Freiraum für private Initiativen, mehr Markt. Es ist schon oft gesagt worden, verdient aber immer wieder neu in Erinnerung gerufen zu werden: Die Marktwirtschaft ist dasjenige Wirtschaftssystem, das nicht nur das leistungsfähigste ist, sondern das als einziges mit einer demokratischen Staatsverfassung vereinbar ist.

## «Feindbild Wirtschaft»

Im Zuge der notwendigen strukturellen Anpassungen und der immer weiter fortschreitenden Internationalisierung unserer Wirtschaft entsteht ein Hang zur Grösse und zum Zusammenschluss, der unsere kleinräumigen Verhältnisse in Frage stellt. Das ist wohl unvermeidlich. Damit verbunden ist freilich die Gefahr, dass sich daraus gesellschaftspolitische Konsequenzen von grösserer Tragweite ergeben, ja wohl schon ergeben haben.

Es entsteht das Risiko, dass immer mehr Teile unserer Bevölkerung das Vertrauen in unsere Wirtschaft verlieren, weil die unmittelbare Erfahrung, ein Teil des Wirtschaftsprozesses zu sein, verlorengeht.

Propagandisten, die mit einem «Feindbild Wirtschaft» Politik

zu machen versuchen, gibt es heute zuhauf. Wie weit heute dieses Feindbild verbreitet ist, zeigt sich daran, dass wirtschaftsfeindliche Parolen relativ starken Anklang zu finden scheinen. Die öffentliche Akzeptanz der Marktwirtschaft ist andererseits eine der wichtigen Rahmenbedingungen für erfolgreiches Wirtschaften gerade in einer direkten Demokratie, wo die Bürger an der Urne immer wieder wirt-

Marktwirtschaft besser verbreitet werden. Dabei ist auch bei der Jugend zu beginnen. Sie darf nicht nur auf ein Konsumentenpublikum reduziert und als solches angesprochen werden. Es sind vermehrte Anstrengungen nötig, die Identifikation der Jugend mit der Wirtschaft zu verbessern. Das Bewusstsein muss geschärft werden, dass die Wirtschaft nicht nur aus den Unternehmensleitungen und Kapitalge-



Bundesrat Kaspar Villiger: «Wenn andere Widerstand gegen die liberale Ordnung mobilisieren, genügt es nicht, passiv abzuwarten und es den Politikern allein zu überlassen, für das marktwirtschaftliche Gedankengut einzutreten.» (Photo ruti)

schaftsrelevante Entscheidungen treffen müssen.

## Drei Ebenen

Das wirtschaftliche Akzeptanzproblem hat drei Ebenen:

- Zum ersten muss sich ein System durch sein Funktionieren selber rechtfertigen. Deshalb ist eine notwendige, aber leider nicht hinreichende Bedingung für die Akzeptanz der Marktwirtschaft, dass sie funktioniert, dass sie etwas leistet, dass sie Wohlstand erarbeitet.
- Zum zweiten muss der Bürger überzeugt sein, dass die Wirtschaftenden ihre Freiheit, die sie unabdingbar brauchen, mit Verantwortung nutzen und nicht missbrauchen. Deshalb darf nicht alles, was verboten ist, immer auch getan werden. Missbräuche rufen sofort nach Einschränkungen der Freiheit. Deshalb ist die Verantwortung der Preis der Freiheit.
- Zum dritten muss das Wissen um das Funktionieren der

Wirtschaft besteht, sondern dass wir alle die Wirtschaft sind. Es müssen Einsichten vermittelt werden, wie der Markt im Interesse aller funktioniert. Es gilt nachzuweisen, dass die Marktwirtschaft die optimale Nutzung der Produktionsfaktoren erlaubt und damit den allgemeinen Wohlstand sichert. Und es muss auf die Zusammenhänge zwischen Marktwirtschaft und politischer Freiheit aufmerksam gemacht werden.

Diese Aufklärungsarbeit müssen alle leisten, denen eine freiheitliche Ordnung am Herzen liegt, allen voran jedoch die Unternehmer, Manager und Wirtschaftsverbände. Sie müssen deutlich machen, dass sie hinter diesen Werten stehen, die unsere Gesellschaft tragen. Wenn andere den Widerstand gegen die liberale Ordnung mobilisieren, genügt es nicht, passiv abzuwarten und es den Politikern allein zu überlassen, für das marktwirt-

schaftliche Gedankengut einzutreten.

## Staat und Wirtschaft

Der Staat wurde vom Ordnungsstaat zum Leistungsstaat. Er erfüllt Aufgaben, etwa bei der Bereitstellung der Verkehrsinfrastruktur, im Umweltschutz, in der Gesundheitsvorsorge, bei der Alterssicherung usw., die eine eminente wirtschaftliche Bedeutung haben. Dabei tritt er als Anbieter von Leistungen in Bereichen auf, in denen auch die Wirtschaft tätig ist. Wichtig ist, dass er dies nicht als Konkurrent, sondern als Partner tut und dass er seine Rolle zu beschränken weiss. Es muss vermieden werden, dass der Staat Aufgaben übernimmt, welche die Wirtschaft besser erfüllen könnte.

Die Wirtschaft andererseits muss Leistung erbringen, den ihr gewährten Freiraum kreativ nutzen, und sie muss sich dabei immer wieder auf die staatspolitische Verantwortung besinnen, die jedes wirtschaftliche Handeln erfordert.

## Zusammenhalt

Zu den Rahmenbedingungen für ein erfolgreiches Wirtschaften gehört nicht nur die erwähnte Akzeptanz unserer Wirtschaftsordnung, sondern auch der gesellschaftspolitische Zusammenhalt. Es wäre darum ein gefährlicher Trugschluss, wenn unsere Wirtschaft meinte, es sei nicht weiter wichtig, welche Kräfte in unserem Land das Sagen haben. Wirtschaftliches und staatspolitisches Handeln gehen Hand in Hand.

Deshalb macht mir der unpolitische Manager Sorgen, dessen einziges staatspolitisches Handeln sich auf gelegentliches Schimpfen über Regierung und Politiker beschränkt: Er schätzt die Perspektiven für die Schweizer Wirtschaft längerfristig falsch ein!

Umgekehrt ist in der Politik mehr Nachdruck und Konsequenz bei der Durchsetzung einer geradlinigen Ordnungspolitik erforderlich. Es braucht klare Konzepte. Und es braucht einen kraftvollen Willensakt, den Weg der Liberalisierung und der Begrenzung des staatlichen Einflusses endlich einzuschlagen. □

Die Liberale Internationale (LI) wird sich in den kommenden Jahren entschieden für den freien Welthandel, für eine radikalere Menschenrechtspolitik sowie für die Schaffung einer internationalen Konvention zur Begrenzung des weltweiten Waffenhandels einsetzen. Der deutsche FDP-Vorsitzende Otto Graf Lambsdorff, der am 44. Kongress der Liberalen Internationale Anfang September in Luzern zum Vorsitzenden gewählt wurde, umschrieb damit gleichzeitig die Prioritäten seiner künftigen Tätigkeit in der LI.



Phototermin am Kongress der Liberalen Internationale in Luzern: LI-Generalsekretär Urs Schoettli, der frühere spanische Ministerpräsident Adolfo Suarez, LI-Präsident Otto Graf Lambsdorff, Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz und FDP-Parteipräsident Franz Steinegger (von links).

## Mehr Markt, Freiheit und Selbstbestimmung

Andreas K. Winterberger

Lambsdorff skizzierte gleich zu Beginn seiner eindrücklichen Rede kurz die liberale Idee, wobei er Friedrich Dürrenmatt zitierte, der meinte, es genüge

nicht, an seinen Idealen festzuhalten, man müsse sie auch anwenden: Der Rechtsstaat behandle alle gleich, er kenne keine Privilegien. Die Wohlstandschancen erlaubten den Menschen, ihren ideellen Anspruch auf Freiheit auch materiell auszufüllen: Der Mensch

im Wohlstand der sozialen Marktwirtschaft sei ungleich freier als der Mensch in der Misere der sozialistischen Planwirtschaft. Die Freiheit, die die Liberalen meinten, entspringe der «Kraft eines Liberalismus, der weit mehr ist als nur die Abwesenheit von Sozialismus oder Konservatismus».

Beissend war Lambsdorffs Abrechnung mit den politischen Kontrahenten: Der Konservatismus sei langweilig, der Sozialismus tot. Mit Blick auf den versuchten Putsch in Moskau betonte er, das letzte Aufbäumen der Altstalinisten in Moskau sei der beste Beweis dafür, dass sich die Sehnsucht nach Liberalismus, nach Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und Marktwirtschaft insbesondere in Osteuropa nicht länger unterdrücken lasse.

### Völkerwanderung

Da die wirtschaftliche Umstrukturierung Osteuropas von der sozialistischen Plan- zur

Marktwirtschaft nur lang- und mühsam vonstatten geht und vielerorts die politische Instabilität anzudauern droht, ging auch der Referent auf das vielerorts befürchtete Szenario der Völkerwanderung von Ost nach West ein. Nur durch eine konzertierte Aktion aller EG-Mitglieder könne diese Problematik gelöst werden. Entweder leiste Westeuropa massive Hilfe zur Selbsthilfe, oder es schotte sich ab und gebe den «Bau einer neuen Mauer» in Auftrag. Die Europäische Gemeinschaft müsse den Ländern Osteuropas eine Perspektive für den baldigen Beitritt geben.

Nicht vergessen werden dürften dabei die Probleme der Dritten Welt: Als echter Wirtschaftsliberaler plädiert der FDP-Vorsitzende deshalb für eine Öffnung der Märkte des Westens für die Produkte der Entwicklungsländer. Ein weiterer Eckpfeiler des liberalen Credos und liberaler Politik, die Menschenrechtsfrage, soll künftig radikaler angegangen

### Slowenien und Kroatien anerkennen

Die jetzt 55 in der Liberalen Internationale zusammengeschlossenen Parteien aus 34 Ländern haben bei ihrem Jahreskongress in Luzern die Anerkennung der Unabhängigkeit Sloweniens und Kroatiens gefordert.

In einer von den deutschen Freien Demokraten (FDP) vorgelegten und einstimmig angenommenen Resolution heisst es, die Anerkennung

solle unter der Bedingung ausgesprochen werden, dass die Rechte der ethnischen Minderheiten in Slowenien und Kroatien geschützt würden. In einer anderen Entschliessung empfahl die Liberale Internationale allen Ländern, diplomatische Beziehungen zu den baltischen Staaten aufzunehmen und sie wirtschaftlich und auch sonst in jeder Beziehung zu unterstützen. □

werden. Unter Bezugnahme auf den türkischen Militärterror gegen die Kurden im Irak und auf die Ermordung des früheren iranischen Ministerpräsidenten Bachtiar in Paris forderte Lambsdorff, die falsche Rücksichtnahme auf zweifelhafte Freunde sollte «ein für allemal» vorbei sein.

## Liberalismus und 700 Jahre Schweiz

Die beiden Repräsentanten der wichtigsten gastgebenden Partei, der Parteipräsident des schweizerischen Freisinns, Nationalrat Fritz Steinegger, und Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz, knüpften in ihren Grussworten an die LI-Delegierten den Bogen zwischen der diesjährigen 700-Jahr-Feier der Eidgenossenschaft und der Idee der Freiheit, als deren Konkretisierung der Bund von 1291 dargestellt wurde. Steinegger unterstrich, als Kleinstaat wolle sich die Schweiz «im Rahmen des uns Möglichen» für den Wunsch nach Selbstbestimmung der Völker einsetzen. Auch traten beide Freisinnige für mehr wirtschaftliche Hilfe an Osteuropa und damit indirekt gegen Abschottungstendenzen gegen Osten ein.

Hugo Bütler, Chefredaktor der «Neuen Zürcher Zeitung» und LI-Vizepräsident, führte in das Hauptthema des diesjährigen Kongresses, die Minderheitenfrage, ein. Die Vorstellungen in der Liberalen Internationalen, wie Liberalismus definiert werden solle und welche Rolle der Marktwirtschaft zukomme, gehen namentlich zwischen europäischen und nordamerikanischen Parteien weit auseinander. Hugo Bütler suchte einen Ausgleich zwischen diesen Gegensätzen, die sich namentlich in der Frage der Grundrechte entzündeten.

## Freiheitspreis

Mit der feierlichen Verleihung des Freiheitspreises an Gitobu Imanyara, Chefredaktor des oppositionellen «Nairobi Law Monthly», und an Senator Domingo Laino, Parteichef und aussichtsreicher Präsidentschaftskandidat der Liberalen Paraguays, sowie der Verabschiedung der um zahlreiche Zusatzanträge ergänzten Resolution zum Thema «Minderheiten» ging der Kongress der Liberalen Internationalen zu Ende. Daran hatten rund 300 Delegierte von 55 liberalen Parteien und Gruppierungen aus 34 Ländern teilgenommen. □

## Interesse?

Die Aktivitäten der Liberalen Internationale reduzieren sich nicht nur auf den jährlich stattfindenden Kongress. In den Periodika *Newsletter* bzw. *East and Central European Newsletter* wird über liberale Parteien aus aller Welt, über namhafte Persönlichkeiten, die sich für die liberale Sache einsetzen, berichtet und über die mannigfaltigen Aktivitäten der Liberalen Internationale informiert.

Wenn Sie sich für das weltweite liberale Geschehen interessieren, wenn Sie vorzeitig über stattfindende Kongresse informiert werden wollen und sogar daran teilnehmen möchten, dann lassen Sie uns dies wissen. Gerne werden wir Sie mit den entsprechenden Dokumentationen bedienen.

Melden Sie sich dafür beim FDP-Generalsekretariat, Postfach 6136, 3001 Bern, bei Eleonora Schneuwly, Telefon (031) 22 34 38. □

## Resolutionen

Die Teilnehmer am Kongress der Liberalen Internationale (LI) hiessen insgesamt neun Beschlüsse zum Kongresssthema «Minderheiten» gut und fassen acht Resolutionen.

Getreu dem Geist und den Prinzipien des Oxford-Manifestes von 1947 respektiert die LI Freiheit und Meinungen von Minderheiten: dies die Aussage des Vorworts zur Resolution über das Kongresssthema «Minderheiten».

Weiter heisst es im Text: Es gibt keine Gesellschaft ohne Minderheiten. Von einem liberalen Standpunkt aus sind Verschiedenheit, Komplexität und Pluralismus für eine freie, liberale Gesellschaft von essentieller Bedeutung. Das Problem der Nationalitäten ist kompliziert und ein steter Konflikt-herd.

Liberale Minderheitenpolitik lässt sich vom Grundsatz leiten, dass Achtung der Menschenrechte, Minderheitenschutz und Minderheitenförderung untrennbar sind. Die Anerkennung der Minderheitenrechte darf jedoch nicht zu einer neuen Welle des Ethnozentrismus führen.

Der Wunsch nach einer Stärkung der Vereinten Nationen (Uno) war Gegenstand einer Resolution, welche schon am letztjährigen Kongress in Helsinki formuliert worden war. Konkret wurden ein Aufsichtsorgan für das Internationale Recht, die Konfliktprävention mit militärischer Unterstützung, die effektive Kontrolle des Waffenhandels, die Respektierung der Menschenrechte und die Verhütung des Völkermordes gefordert.

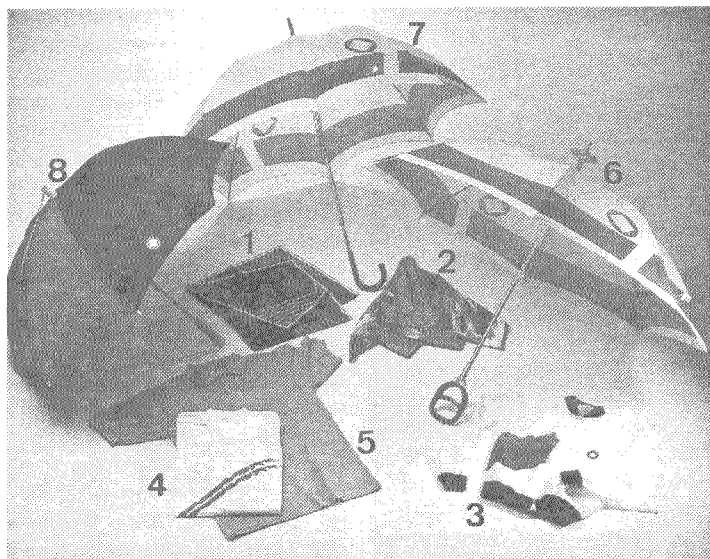
In weiteren Resolutionen wurden die Menschenrechtsverletzungen in Jugoslawien sowie das burmesische Militärregime verurteilt, die kubanische Regierung wurde zu einem friedlichen und demokratischen Wandlungsprozess ermutigt, den demokratischen Kräften in den baltischen Staaten sowie in Zaire Unterstützung zugesichert.

Eine von der FDP eingereichte Resolution ruft die Regierung der Volksrepublik China auf, die Grundrechte des tibetischen Volkes anzuerkennen und in ein ernsthaftes und bedingungsloses Gespräch mit dem Dalai Lama zu treten. ES



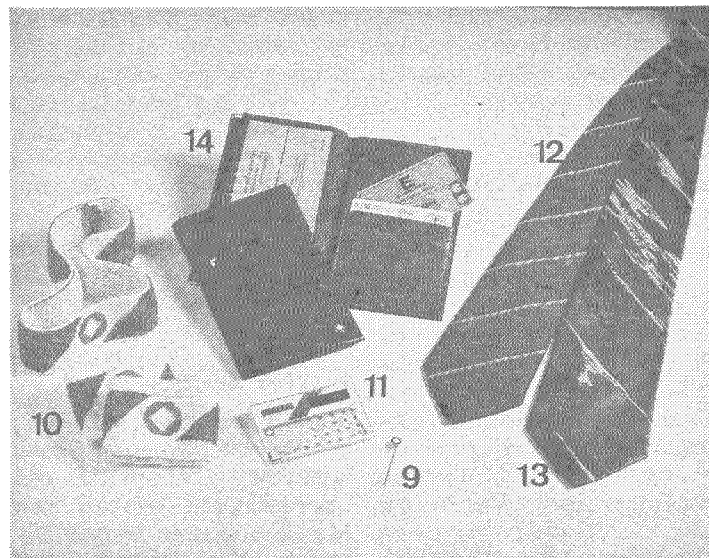
Aufmerksame Schweizer Delegierte: Christian Bolliger, Ständerat Franco Masoni (TI), die Nationalräte Kurt Müller (ZH) und François Loeb (BE).

# Farbe bekennen!



## Ja, ich bestelle:

- 1** Das zeitlose **klassische Foulard** aus 100% Crêpe de Chine ist 90×90 cm gross und wurde mit einem handrollierten Saum versehen. \_\_\_\_\_ **Ex.** à Fr. 49.–
- 2** Das **neue Foulard** (90×90 cm) der «New look»-Kollektion in tollen, modernen Farben besteht aus 100% Crêpe de Chine. \_\_\_\_\_ **Ex.** à Fr. 50.–
- 3** **Windblouson** aus Nylon mit Strickborden. Schützt Sie bei Wanderungen vor unangenehmen Überraschungen. Einfach transportierbar, kann zusammengerollt und in der eigenen Jackentasche um die Taille getragen werden. Grössen  S,  M,  L,  XL (Zutreffendes bitte ankreuzen) \_\_\_\_\_ **Ex.** à Fr. 30.–
- 4** Praktisch und unverwüstlich, das neue **T-Shirt** (mit dem Aufdruck «Freiheit gewinnt») im modernen Schnitt aus 100% Baumwolle. Grössen  S,  M,  L,  XL (Zutreffendes bitte ankreuzen) \_\_\_\_\_ **Ex.** à Fr. 12.–
- 5** Für die warmen Tage gibt es unser **Polo-Shirt** mit diskretem FDP-Emblem im klassischen Schnitt. \_\_\_\_\_ **Ex.** à Fr. 30.–
- 6** Der praktische **Sportschirm** mit einem integrierten Klappsitz, damit Sie beim nächsten Sportfest nicht mehr stehen müssen. \_\_\_\_\_ **Ex.** à Fr. 30.–
- 7** Der **Doppelschirm**, damit Sie zu zweit nur einen Regenschirm brauchen und trotzdem nicht nass werden. \_\_\_\_\_ **Ex.** à Fr. 30.–
- 8** Der **klassische Regenschirm** in den Farben Rot, Dunkel- und Hellblau lässt Sie auch bei schlechtem Wetter trocken ans Ziel kommen. \_\_\_\_\_ **Ex.** à Fr. 35.–



- 9** **Anstecknadel.** Der diskrete Hinweis, dass Sie der richtigen Partei angehören. \_\_\_\_\_ **Ex.** à Fr. 10.–
- 10** Ein absolutes Muss für jeden Sportler. Das **Stirnband und die Pulswärmer** aus 90% Baumwolle. \_\_\_\_\_ **Set** à Fr. 10.–
- 11** Unser Solarrechner mit der 8stelligen LCD-Anzeige hilft Ihnen bei den schwierigsten Rechenaufgaben. \_\_\_\_\_ **Ex.** à Fr. 20.–
- 12** Die **Krawatte** im klassischen Design besteht aus 75% Polyester und 25% Seide. \_\_\_\_\_ **Ex.** à Fr. 38.–
- 13** Die **Krawatte** aus unserer «new look»-Kollektion besteht aus 75% Polyester und 25% Seide. \_\_\_\_\_ **Ex.** à Fr. 40.–
- 14** Das **Portefeuille** aus bestem Anilinder (bordeaux) mit vielen Einsteckfächern für Ausweise, Photos, Kreditkarten usw. \_\_\_\_\_ **Ex.** à Fr. 44.–

Name: \_\_\_\_\_

Vorname: \_\_\_\_\_

Strasse/Nr.: \_\_\_\_\_

PLZ/Ort: \_\_\_\_\_

Datum: \_\_\_\_\_

Unterschrift: \_\_\_\_\_

Bitte ausfüllen und ganze Seite einsenden an:  
FDP-Generalsekretariat, Postfach 6136, 3001 Bern

# Junge in den Nationalrat – Berner haben die Nase vorn!

**Noch im Januar 1991 wagten die Berner Jungfreisinnigen von einer Nationalratsliste kaum zu träumen. Der Wille war da, die finanziellen Ressourcen fehlten. Im Frühsommer hatte sich die Situation vollkommen verändert. Heute stehen wir als einzige liberale Jungpartei mit einer vollen Liste an der Seite unserer Mutterpartei.**

## Leonhard Cadetg

Bevor sich eine Jungpartei an nationalen Wahlen wirklich beteiligen kann, braucht sie starke Sektionen, die sich ihren Platz in der politischen Landschaft erkämpfen. Das hat uns zur kontinuierlichsten und grössten Jungpartei des Kanton Bern werden lassen.

### Grundkurs in Politik

Unsere Mitglieder sind in der Regel nur kurze Zeit für uns aktiv. Sobald sie ihren festen Platz im Berufsleben gefunden haben, treten sie zur Mutterpartei über. Besonders die Erfolgreichen zieht's natürlich fort. Dem setzen wir Jungfreisinnige unser Engagement entgegen.

Neben den sicher handfesten eigenen Interessen sehe ich meinen Einsatz für die Jungfreisinnigen als Aufbauarbeit an der Zukunft. Wir bieten bürgerlich orientierten Jungen sozusagen einen Grundkurs in Politik an. Unsere zahlreichen Anlässe sind die Gelegenheit zur Auseinandersetzung mit allen Facetten unserer Gesellschaft.



Leonhard Cadetg, Präsident der Jungfreisinnigen der Stadt Bern.

### Handlungsfähig bleiben

Organisation, Koordination und Ausgleich zwischen unterschiedlichen Strömungen sind die primären Aufgaben eines Sektionspräsidenten. Damit kann ich die Voraussetzungen für einen offenen Diskurs schaffen. Nicht zuletzt im Hinblick auf die Handlungsfähigkeit unserer Sektion haben wir die grosse Arbeit an einem neuen Parteiprogramm an die Hand genommen. Die Auseinandersetzungen dazu sind unheimlich interessant. Ich denke, es gelingt uns so, die Basis unserer Partei zu aktivieren, zum Mitdenken zu bewegen. Dies ist eine der Grundvoraussetzungen, damit wir aufbauend an unserem Staat mittragen können, dass die bürgerlich denkenden Jungen an die Beeinflussbarkeit und den Sinn politischer Entscheidungen glauben und Fähigkeiten zum Mitmachen entwickeln.

Darum bemühen wir uns, an den Wahlen, seien es Stadt-

rats-, Grossrats- oder Nationalratswahlen, teilzunehmen. So sehen wir, was unsere Arbeit wert ist. So können wir Einzelne beispielsweise in Schulkommissionen delegieren. So bekommen wir die Gelegenheit, uns zu äussern.

### Inhalte!

Weil Jungfreisinnige noch nicht lange Politik machen, sind sie etwas unbedachter, aber eher offener als arrivierte Mitglieder unserer Mutterpartei.

Kein Grund, mit unseren Äusserungen zur aktuellen Politik hinter dem Berg zu halten. Dabei stossen wir verständlicherweise nicht immer auf Gegenliebe. Mitunter können wir indes eine Mehrheit der Freisinnigen hinter uns bringen, wie dies unlängst die Europa-Delegiertenversammlung der bernischen Freisinnigen gezeigt hat. Recht deutlich haben sich die Delegierten für die vorläufige Unterstützung der Euro-Initiative ausgesprochen.

Wir befürworten einen EG-Beitritt, u. a. um unsere eigenen beruflichen Chancen in gutem wirtschaftlichem Umfeld zu erhalten. Wir glauben an eine Zukunft der Schweiz in einem föderalistischen Europa.

### Wohnortsprinzip

Im vergangenen Jahr haben wir uns intensiv mit der Drogenpolitik beschäftigt. Resultat ist ein umfangreiches Drogenpapier.

Eine unserer zentralen Forderungen ist die Einführung des Wohnortsprinzips: Die Gemeinden des letzten Wohnortes der Drogensüchtigen sollen für sie sorgen müssen. Damit können wir die Städte von fremden Drogensüchtigen entlasten. Ferner werden sich so Gemeinden ohne offene Szene «ihrer» Drogensüchtigen bewusst.

### Unterstützung

Sie sehen, Jungfreisinnige würden nicht mit leeren Köpfen ins Parlament ziehen.

Natürlich finanzieren sich Jugendliche – meist noch in der Ausbildung – nicht selbst. Ich möchte an dieser Stelle allen, die uns durch Zuwendungen die politische Arbeit ermöglichen, herzlich danken. Sie können gewiss sein, wir setzen uns auf allen Ebenen für eine liberale Zukunft ein. □

### Keine Stimme geht verloren!

Wer am 20. Oktober im Kanton Bern einen Jungfreisinnigen oder eine Jungfreisinnige wählt, wählt freisinnig und bürgerlich; selbstverständlich haben Freisinn und Jungfreisinn eine Unterlistenverbindung miteinander. So gehen sicher keine (jungfreisinnigen) Stimmen verloren.

### LFSA

Der Zentralkomitee des Landesverbandes freier Schweizer Arbeitnehmer (LFSA) befasste sich mit der bevorstehenden Lohnrunde. Der LFSA verlangt den vollen Teuerungsausgleich. Um den während des Jahres eingetretenen Kaufkraftverlust der Löhne mindestens teilweise wettzumachen, sind nach Ansicht des Verbandes auch Realloohnerhöhungen erforderlich. Es gelte aber auch, dem Grundsatz der Lohngleichheit für Mann und Frau Nachdruck zu verschaffen. Deshalb sei es notwendig, die Frauenlöhne prozentual stärker anzupassen.

Bezüglich der Rentner hat der LFSA mit Genugtuung davon Kenntnis genommen, dass die AHV-Renten per 1. Januar 1992 der Teuerung angepasst werden. □

Garten- und Landschaftsarchitekten,  
Erdbauingenieure

**Spross**

Wir planen, bauen, sanieren  
und pflegen auch Ihren Garten  
für Ihre sympathische Umwelt

Spross Ga-La-Bau AG Zürich  
Garten- und Landschaftsbau 01-462.62.62

# Konflikte friedlich bewältigen

**Konflikte als normale Erscheinung zwischenmenschlicher Beziehungen zu akzeptieren erfordert gleichzeitig die Bereitschaft, nach Lösungen zu suchen. Am Beispiel der Konfliktbewältigung in Ehe und Partnerschaft wurden am Tag der Frauen der FDP Graubünden mögliche Vorbeugemassnahmen und Lösungen aufgezeigt.**

Der Umgang mit Konflikten wird uns täglich durch das Weltgeschehen vor Augen geführt. Der Beweis, dass der Mensch als vernunftbegabtes Wesen aber oft nicht in der Lage ist, vernünftige Lösungen zu treffen, wird gleich mitgeliefert.

Wie sieht es in unserem engsten Rahmen, in Ehe, Partnerschaft und Familie, aus?

Unausgesprochene und für selbstverständlich gehaltene Erwartungen, ein überzeichnetes Bild von Harmonie und hoher Übereinstimmung, verschiedene Prioritäten für das

tägliche Leben der Partner, all dies enthält bereits Zündstoff für Konflikte. Die Hauptreferentin der Tagung, Dr. Brigit Hänzi, Bezirksgerichtspräsidentin in Frauenfeld, stellte zu diesen Verständigungsschwierigkeiten denn auch fest:

«Es ist nicht jedem Menschen im gleichen Masse gegeben, über seine Empfindungen zu sprechen und Gedanken und Bedürfnisse zu formulieren. Dennoch meine ich, eine möglichst offene Auseinandersetzung sei das beste Mittel der Konfliktbewältigung und damit zum Erhalt einer lebendigen Partnerschaft.»

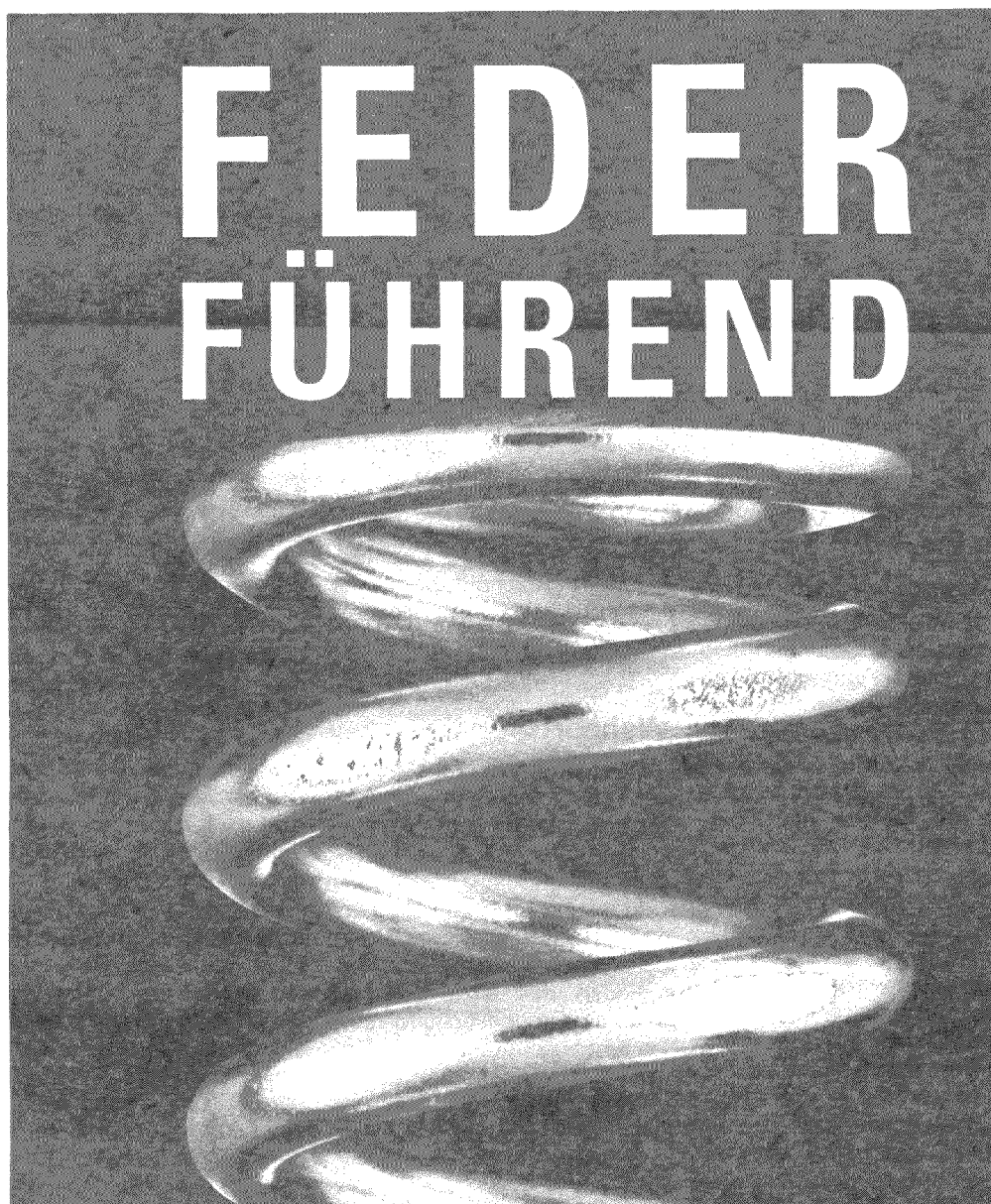
Die Möglichkeiten der Konfliktvermeidung mit güterrechtlichen Regelungen, Ehevertrag oder Testament wurden juristisch kompetent durch Dr. Romano Kunz erläutert.

Zum neuen Eherecht resümierte der Präsident des Bezirksgerichtes Heizenberg, Dr. Marx Heinz: «Mit einem Gesetz kann man die Gesellschaft nicht verändern, man muss das Gesetz den gesellschaftlichen Veränderungen anpassen.» Diese Anpassung ist zurzeit beim Scheidungsrecht im Gange. Mit der juristischen Seite lassen sich vor allem die finanziellen Aspekte des Zusammenlebens regeln, wobei bei Paaren ohne Trauschein grosse Lücken bestehen.

Die Eheberatung versucht, das psychische Gleichgewicht wieder herzustellen. Dies ist keine einfache Aufgabe, erläuterte Egetherapeut Dr. Hans Senn. «kommen doch die meisten Ehepartner nicht, um auf eigene Fehlhaltungen und Probleme aufmerksam gemacht zu werden, sondern um dem andern beweisen zu können, wie krank und gestört er ist».

Sind Kinder im Spannungsfeld der divergierenden Meinungen, muss vor allem auch in ihrem Interesse eine Konfliktlösung und Entspannung gefunden werden. «Aus der Sicht des Kindes – aber nur aus dieser, denn allgemein ist dies eher ein gefährlicher Ratsschlag – ist es gut, wenn bald einmal klare Verhältnisse geschaffen werden können», beleuchtete Rektor Dr. Johannes Flury die verschiedenen Bedürfnisse der Kinder und der Erwachsenen.

Problemlösung heisst immer auch Veränderung, Platz für neue Vorstellungen und Definierungen der Standpunkte. Grossrätin Sina Stiffler meinte denn auch in ihrem abschliessenden Podiumsreferat: «Die neue Partnerschaft ist nicht unbedingt die leichtere Partnerschaft. Sie verlangt Reife und Rücksichtnahme beider Partner.» □



**BAUMANN + CIE AG**  
**Federnfabrik, CH-8630 Rüti**  
 Tel. 055/848 111  
 Telex 875 606, Fax 055/848 511




# Freisinnige Positionen

Diese Broschüren können Sie bei uns bestellen

Jugendpolitik

**Jugend ans Steuer!**  
Wo ein frischer Wind weht, da stimmt der Kurs.



Die Zukunft der Schweiz soll von uns Jugendlichen mitgesteuert werden. Aktiv und engagiert wollen wir unsere Verantwortung wahrnehmen und die Schweiz so machen, wie wir sie gerne sehen wollen.

Freiheit gewinnt.  
**FDP**  
Freisinnig-Demokratische Partei

JBS  
Jugendliche Bewegung der Schweiz

1

Frauen

**Freiheit, Gleichheit, Schwedentochter!**



Mütter und Mütter mit Berufsweg sind Frauen. Das ist die Bundesversammlung. Sie hat das Recht auf Teilhabe und Mitbestimmung in allen Lebenslagen, muss davon verantwortlich handeln.

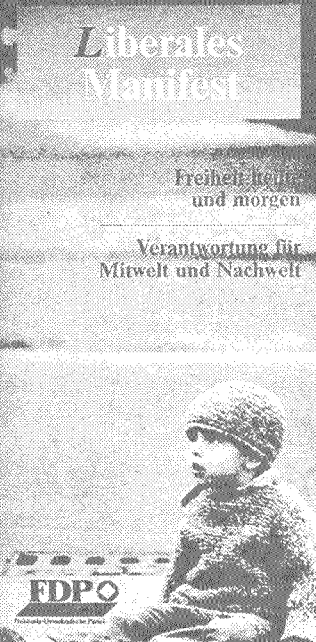
Freiheit gewinnt.  
**FDP**  
Freisinnig-Demokratische Partei

2

**Liberales Manifest**

Freiheit heute und morgen

Verantwortung für Mitwelt und Nachwelt

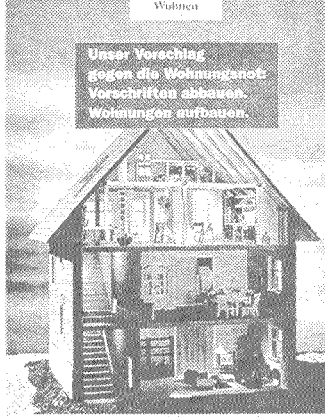


**FDP**  
Freisinnig-Demokratische Partei

3

Wohnen

**Unser Vorschlag gegen die Wohnungsnot:**  
Vorschriften abbauen, Wohnungen aufbauen.




Wertvolle Massnahmen im Kampf gegen die Wohnungsnot (z.B. für Anbau) können bei Abschaffung und der Wiedereinführung eines marktorientierten Wohnungsmarktes.

Freiheit gewinnt.  
**FDP**  
Freisinnig-Demokratische Partei

4

Umweltpolitik

**Nur eine gesunde Wirtschaft schützt unsere Umwelt wirksam.**



Analise liesssen die grüne Haut vom Himmel herab. Wir hebeln die Beute hinter die Augen. Die ökologische die als zentraler und die politische.

Freiheit gewinnt.  
**FDP**  
Freisinnig-Demokratische Partei

5

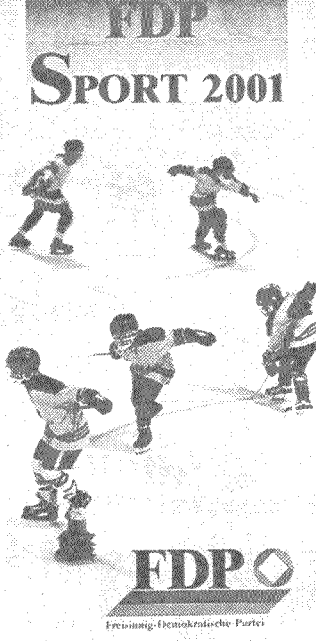
**Dazu stehen wir**

Zielsetzungen und Postulate 1991 - 1995

**FDP PRD PLR**

6

**FDP SPORT 2001**




**FDP**  
Freisinnig-Demokratische Partei

7

Asylpolitik

**Mit dem Asylgesetz wollen wir Verfolgte schützen. Aber keine Einwanderer.**



Wer als Flüchtling in unser Land kommt, soll seine Heimat nicht verlassen. Dieses Prinzip hat sich seit mehr als 50 Jahren bewährt und ist unverwundbar.

Freiheit gewinnt.  
**FDP**  
Freisinnig-Demokratische Partei

8

Bitte senden Sie mir folgende Broschüren:

Broschüre Nr.  1  2  3  4  5  6  7  8

Kreuzen Sie die gewünschte Nummer an.

1 Exemplar gratis.

Bei mehreren Exemplaren kosten

die Nummern 1 2 4 5 8 ..... je Fr. -50

die Nummern 3 6 7 ..... je Fr. 1.-

Name/Vorname: \_\_\_\_\_

Strasse/Nr.: \_\_\_\_\_

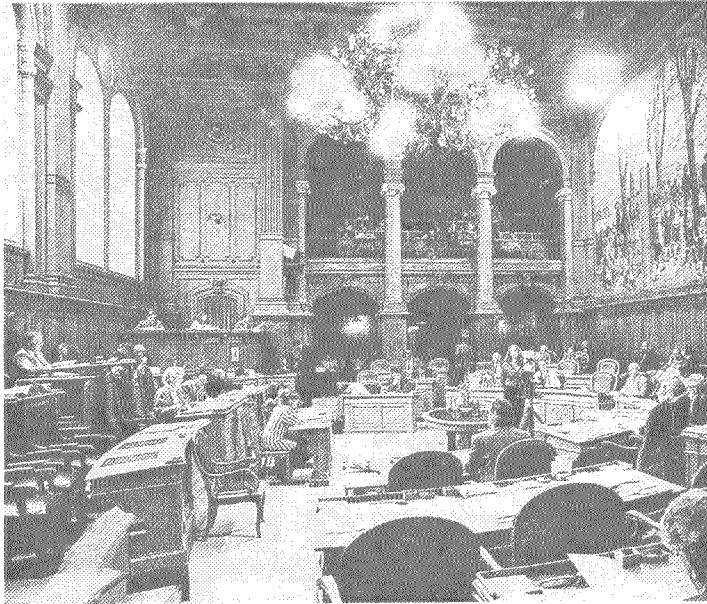
PLZ/Ort: \_\_\_\_\_

Datum/Unterschrift: \_\_\_\_\_

Bitte einsenden an:

FDP-Generalsekretariat, Postfach 6136, 3001 Bern

Tel. (031) 22 34 38, Fax (031) 21 19 51



## Wie viele Freisinnige sind im Ständerat?

Der Ständerat hat das Image des konservativen Bremsers der Nation. Zu Unrecht – zumindest was die Freisinnigen im «Stöckli» betrifft. Die FDP-Ständeräte bilden einen starken liberalen Flügel, der in den letzten Jahren gegenüber der traditionell starken CVP-Vertretung an Einfluss gewonnen hat. Frage: Wie viele der 46 Ständerherren und -damen sind freisinnig? Wie viele Sitze hält die CVP?

Der Stand vor den Wahlen ist folgender: Die CVP hält 18 Sitze, die FDP 14 (wobei einer zurzeit durch den Tod von Max Affolter, SO, noch vakant ist), die SP 5, die SVP 4, die Liberalen 3, der LdU 1. Damen hat die FDP (noch) keine im Ständerat. Anschlussfrage für die Zeit nach dem Wahlsonntag: Haben die Freisinnigen die traditionelle CVP-Dominanz gebrochen?

**Antwort**

## Taxcard «Freiheit gewinnt»



**Auf der Rückseite mit den Telefonnummern der Kantonssekretariate.**

Taxwert Fr. 2.-, Vorderseite 4farbig, Rückseite 3farbig. Bestellen Sie die Taxcard zum Stückpreis von Fr. 4.- beim FDP-Generalsekretariat, Postfach 6136, 3001 Bern, Tel. (031) 22 34 38.

## Mutzli

«Die freisinnigen Väter des EWR lassen ihr Kind zunehmend im Stich», schreibt SPS-Präsident Peter Bodenmann. Unter uns gesagt, Herr Bodenmann, «Vater» des EWR ist Jacques Delors. Er schlug ihn in seiner spektakulären Rede vom Januar 1989 vor. Und Monsieur Delors ist – wie Herr Bodenmann – Sozialist. Apropos «Stich»: der gleichnamige Bundesrat ist ja auch nicht gerade ein besonderer Liebling helvetischer Annäherung an Brüssel.

«Slalomfahrer» – ein neuer gängiger Ausdruck unter den Bundespolitikern für die Europapolitiker, die in ihrer Argumentation jeweils eine erhebliche Flexibilität an den Tag legen. So auch der SP-Parteipräsident Peter Bodenmann, der beim Alpen transit für alle Restriktionen gegenüber unseren Nachbarländern zu haben war. In der Abstimmung über die Frage, ob der Güterverkehr auf die Inbetriebnahme der Neat hin auf die Schiene zu zwingen sei, stimmte Bodenmann mit den Grünen und damit gegen den von ihm unterzeichneten Minderheitsantrag.

Hans-Peter Seiler (svp., Bern) meinte: «Die Berufsbildung ist das Stichkind... äh... Stiefkind der Bildungspolitik». Das «Stichkind» in dieser Session war wohl eher die Stempelsteuer, allerdings ein uneheliches.

«Nicht, dass mir das Votum Vollmer die Sprache verschlagen hätte», gestand eine heisere CVP-Parteipräsidentin Eva Segmüller (St. Gallen): «Das ist ein gewöhnlicher Käfer...» Und sie gab ihre «persönliche Erklärung» ab: über zwei Seiten Manuskript, wohl vorbereitet – obwohl persönliche Erklärungen ja eine spontane Reaktion sein sollten. Aber auch ihr St. Galler Kollege Franz Jaeger (IdU.) hatte Mühe mit seiner persönlichen Erklärung. Jaeger: «Das geht jetzt über eine persönliche Erklärung hinaus, aber das muss gesagt sein.» Selbst Ratspräsident Ulrich Bremi (fdp., Zürich) vermochte den Redeschwall des Europapolitikers nicht zu bremsen.

Grund gegeben zu diesem Votum hatte Ernst Mühlemann (fdp., Thurgau): «Sie können nicht gleichzeitig Zappelphilipp im Vorzimmer von Delors in der EG sein und Streckenwärtler am Gotthard, um den Alpen transit zu bremsen.» «Ausgerechnet Sie, Herr Mühlemann», so wiederum Jaeger, «ausgerechnet Sie werfen uns europapolitischen Zickzackkurs vor!»

Da bei einer der Namensabstimmungen im Gemurmel des Rates mitunter die Ja und Nein (und auch Enthaltungen) vom Generalsekretär nicht verstanden werden, mahnte der Nationalratspräsident: «Ich bitte Sie, lauter und deutlicher zu sprechen. Wir registrieren nämlich nicht, was Sie sagen, sondern, was wir hier vorne verstehen.» Ulrich Bremi (fdp., Zürich) gehörte eigentlich ins englische Unterhaus, so typisch trocken und witzig ist sein Humor, «und gar nicht zürcherisch», wie der Baselbieter Felix Auer (fdp.) ergänzte.

Ratspräsident Ulrich Bremi (fdp., Zürich) eröffnete die letzte Session der Legislatur mit den Worten: «Ich darf Sie alle herzlich begrüßen.» Und dann der Übersetzer trocken: «La séance est ouverte.» Die Sitzung ist eröffnet, der Betrieb nimmt seinen Fortgang.

Die Lacher auf seiner Seite hatte der Berner Oberländer Fritz Hari, der für seine «Fraktion der Schweizerischen Volkswirtschaftspartei» sprach. Kein Wunder, besitzt und betreibt doch Train-Oberst Hari in einem Bergtal eine Wirtschaft.

Bundesrat René Felber meinte: «Die Experten des internationalen Rechts sind schwierig zu lesen. Sie sagen weder Nein noch Ja, aber auch nicht das Gegenteil.»

Die CVP habe die Bibel falsch verstanden, meinte Ernst Leuenberger (sp., Solothurn) bei der Frage einer raschen Stempelsteuerrevision: «Einer trage des andern Last» bedeutet nach dem Evangelium nicht, dass die Kleinen die Last der Grossen tragen sollen.



FREIHEIT GEWINNT.

# Fragen und Antworten zur Asylpolitik

**Gespräch von Hans Zimmermann, Chefredaktor der «Davoser Zeitung», mit FDP-Regierungsrat Dr. Peter Aliesch, Vorsteher des Justiz-, Polizei- und Sanitätsdepartementes Graubünden.**

**Interview:**  
**Hans Zimmermann**

**Im Vorfeld der Wahlen 91 ist etwa die Befürchtung laut geworden, die Asylpolitik werde zum Wahlthema Nummer eins. Haben Sie persönlich diese Befürchtungen auch geteilt?**

Peter Aliesch: «Es ist nicht zum vorneherein negativ, wenn in einem eidgenössischen Wahlkampf an vorderster Stelle über die Asylpolitik diskutiert wird. Unerfreulich wird die öffentliche Auseinandersetzung um diese Thematik erst, wenn nicht mehr hart zur Sache debattiert, sondern aus irgendwelchen wahltaktischen Überlegungen nur noch polemisiert und mit Schlagworten gekämpft wird. Dies verurteile ich, nicht jedoch die offene und ehrliche Auseinandersetzung mit dem Problem.

Dass nämlich die Asylproblematik im laufenden Wahlkampf zum Thema gemacht wurde, rechtfertigt allein schon die Tatsache, dass wir in der Schweiz dieses Jahr weit über eine Milliarde Franken für das Asylwesen aufwenden werden. Die Schweizerinnen und Schweizer sind bereit, den echten Flüchtlingen zu helfen. Wir brauchen uns nicht zu schämen oder uns ein schlechtes Gewissen einreden zu lassen, im Gegenteil. Der Steuerzahler darf nach meiner Meinung deshalb zu Recht verlangen, dass sein Geld auch im Asylwesen möglichst effizient und in erster Linie für jene verwendet wird, die echt verfolgt sind und bei uns Schutz suchen.»

**Schildern Sie bitte die Schweizer Stationen eines ganz gewöhnlichen Asylsuchenden vom Eintritt in die Schweiz bis zum Verlassen unseres Landes (über 95 Prozent der Gesuche werden ja abgelehnt).**

Peter Aliesch: «Die Einreise erfolgt zu weit über 95 Prozent il-

legal, d. h. sehr häufig über die «grüne Grenze». Auf Schweizer Territorium werden sie dann häufig wieder vom Schlepper in Empfang genommen und ins Landesinnere geführt. Wenige der illegalen Einwanderer werden aufgegriffen und unverzüglich zum Einreisegrund befragt. Diese Personen können allenfalls wieder ins Nachbarland, aus dem sie eingewandert sind, zurückgeschoben werden. Die anderen um Asyl nachsuchenden Personen werden einer der vier Empfangsstellen (Kreuzlingen, Basel, Genf oder Chiasso) zugewiesen. Nach der Kurzbefragung und Registrierung erfolgt die Verteilung auf die Kantone.

In Graubünden angelangt, werden sie von der Kanzlei für Asylwesen in Chur, welche zum Sozialamt gehört, einem Heim für Asylsuchende (Durchgangsheim) zugewiesen. Dank einer gut ausgebauten Asylsektion bei der kantonalen Polizeiabteilung erfolgt die Befragung in Graubünden innert der ersten fünf Tage nach Ankunft – in vielen Kantonen dauert es bis zu dieser Befragung oft viele Monate, was die Unterbringungsprobleme zusätzlich verschärft. Die Befragung zu den Asylgründen dauert in der Regel zwischen zwei und fünf Stunden. In den meisten Fällen fällt das Bundesamt für Flüchtlinge (BFF) anschliessend auf Grund des Protokolls einen Aktenentscheid. Gegen den Entscheid des BFF wird beim Beschwerdedienst des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartementes in etwa zwei Dritteln aller Fälle eine Beschwerde eingereicht.

Bei einem negativen Entscheid wird eine Ausreisefrist gesetzt. Die Überwachung dieser Ausreise und ein allfälliger Vollzug derselben obliegt wiederum den Kantonen. Über 50 Prozent aller rechtskräftig abgewiesenen Asylbewerber «verschwinden» aber während der angesetzten Ausreisefrist. Sie verlassen also die Schweiz entweder unkontrolliert oder

halten sich weiterhin illegal hier auf.»

**Die Asylpolitik Graubündens wird allgemein als vorbildlich für die Schweiz bezeichnet. Was ist daran denn derart gut?**

Peter Aliesch: «Als erster Kanton hat Graubünden bereits vor rund einem Jahr von der neuen Möglichkeit Gebrauch gemacht, selber Asylentscheide unterschrittsreif zuhanden des BFF vorzubereiten. Mit diesen sogenannten Vorentscheiden wurden bei uns als Pilotkanton durchwegs positive Erfahrungen gemacht. Dank dieser Entscheidpraxis und einem generell speditiven Verfahren kennen wir in Graubünden keinen Pendenzenberg. Die damit ebenfalls erreichte Verkürzung der Verfahrensdauer lindert zudem etwas die Unterbringungsprobleme.

Äusserst schwierig und konfliktträchtig ist die Unterbringung und Betreuung der Asylbewerber. Sozusagen alle Kantone «delegieren» diese Aufgabe an die Gemeinden weiter. Nicht so Graubünden. Bei uns ist für diese Aufgabe alleine das kantonale Sozialamt zuständig. Nach einem Unterbringungskonzept, das diesen Frühling von der Regierung auf Antrag meines Departementes genehmigt wurde, erfolgt die Unterbringung der Asylbewerber in Graubünden in einem der zehn regional ausgewogen verteilten kantonalen Durchgangsheimen. Diese beherbergen die nicht erwerbstätigen Asylsuchenden. Erwerbstätige Asylbewerber dagegen müssen sich selber um eine Wohnung kümmern oder können in einem sogenannten kantonalen Wohnheim gegen entsprechende Miete wohnen.

Das Bündner Konzept für die Verfahren sowie für die Unterbringung und Betreuung von Asylsuchenden ist eigenständig und effizient. Möglich ist dies dank einsatzwilligen und kompetenten Mitarbeiterinnen

und Mitarbeitern auf allen Stufen. Zum Bündner System wäre vielleicht noch zu sagen, dass wir im Gegensatz zu anderen Kantonen, wo meistens zwei Departemente und die Gemeinden zuständig sind, kurze Entscheidungswege und wenig Koordinationsprobleme haben, da das gesamte Asylwesen dem Justiz-, Polizei- und Sanitätsdepartement unterstellt ist.»

**Man beneidet Sie wohl kaum um Ihr Amt: Was Sie in der heiklen Asylfrage auch anordnen und beschliessen, wird kritisiert. Wie werden Sie persönlich damit fertig?**

Peter Aliesch: «Zum Glück wird nicht alles kritisiert. Im Gegenteil stossen wir in Graubünden mit unseren Vorschlägen und Massnahmen auf sehr viel Verständnis und Bereitschaft zur Mitwirkung. Dies hängt möglicherweise schon etwas damit zusammen, dass die Qualität der bündnerischen Praxis im Asylwesen anerkannt wird. Wir versuchen laufend, diesen hohen Ansprüchen gerecht zu werden. Aufbauende Kritik nehmen wir darum immer gerne an. Auch sind alle im Asylwesen des Kantons tätigen Personen, von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Durchgangsheimen bis zu mir als dem zuständigen Regierungsrat, jederzeit bereit, unsere Bevölkerung über die vielen Seiten des Asylwesens zu informieren.

Kritik trifft mich – und alle im Asylbereich Tätigen – dort, wo sie ungerecht und verletzend ist. Wir alle meinen aber, dass wir im Asylbereich eine Arbeit leisten, die sich auch vor dem Gewissen verantworten lässt. Die humanitäre Verpflichtung zur Beherbergung der echt Verfolgten wird die Schweiz zukünftig nämlich nur erfüllen können, wenn sie sich nicht als Einwanderungsland für alle versteht, die der sozialen und wirtschaftlichen Not in ihrer Heimat entfliehen. Auch wenn wir noch so viel Verständnis für diese Menschen haben, wäre eine solche Einwanderungspolitik zum Scheitern verurteilt.» □